

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 S. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Das Wirtschaftsjahr 1910.

II.

Der beste, ja der einzige Maßstab zur Beurteilung der Wirtschaftslage im ganzen Verbandsgebiet ist unsere Arbeitslosenstatistik. Das ist natürlich ein sehr unsicherer Maßstab; denn er ermöglicht ein Urteil nur über den Arbeitsmarkt. Nun ist zwar in der Regel der Arbeitsmarkt der Spiegel des Wirtschaftsmarktes, aber nicht immer. Eine Industrie kann bei verminderter Erzeugung, also Rückgang der Arbeiterzahl, gute Gewinne erzielen, wenn sie gut syndiziert ist, so daß sie ihre Preise hoch halten oder gar steigern kann und ebenso kann eine Industrie trotz gesteigerter Produktion schlechte Gewinne liefern. Die Zementindustrie hat gerade während der Baukrise, bei ganz bedeutend herabgesetzter Produktion, riesige Gewinne erzielt, weil die Zementkartelle die Preise hochschraubten, und die Papierindustrie hat jahrelang trotz reichlichen Absatzes schlechte Geschäfte gemacht, weil die Unternehmer sowohl den Rohstofflieferanten wie auch den Abnehmern organisationslos gegenüberstanden. Auch kann bei gleichbleibender oder gar gesteigerter Produktion die Beschäftigungsziffer zurückgehen, wenn erhebliche technische Verbesserungen — arbeitsparende Maschinen usw. — eingeführt werden. Ein Beispiel hierfür bieten einige Großbetriebe der chemischen Industrie. Obwohl der Stand des Arbeitsmarktes der sicherste und für die Arbeiterschaft wichtigste Gradmesser des Wirtschaftslebens ist, darf doch nicht verkannt werden, daß er allein zur sicheren Beurteilung nicht ausreicht. Hinzu kommt, daß auch der Ausbau der Arbeitslosenstatistik noch immer viel zu wünschen übrig läßt. Aber ein Schelm gibt mehr als er hat.

Die Gesamtsumme der im Jahre 1910 vom Verband gezahlten Erwerbslosenunterstützung läßt sich noch nicht feststellen, weil die Abrechnungen für das 4. Quartal noch nicht eingelaufen sind. Dagegen ist für die Arbeitslose ausgegebene Betrag mit einiger Sicherheit aus den Zusammenstellungen für das Statistische Amt erhältlich. Allerdings erfahren die so gewonnenen Ziffern bei der endgültigen Abrechnung kleine Korrekturen, aber das ist für die vorliegende Arbeit ohne Belang. Zum Vergleich stellen wir den Ausgaben die für die drei Vorjahre gegenüber.

An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt:

	1907	1908	1909	1910
	M.	M.	M.	M.
1. Quartal	69 217	128 422	272 116	198 087
2. "	25 766	64 138	68 077	99 850
3. "	27 123	63 384	60 467	59 160
4. "	29 198	123 366	99 966	84 202
Jahr	161 304	379 310	500 626	441 299

Ein Vergleich mit dem Vorjahre zeigt, daß das zweite Vierteljahr des Jahres 1910 eine ganz erhebliche Mehrausgabe aufweist. Diese erklärt sich in der Hauptsache durch die Bauarbeiterunpersperung, die für zahlreiche, in Ziegeleien, Zement-Kunstoff-, Zinnoberfabriken usw. beschäftigte Mitglieder Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Im dritten Quartal sind die aufgewendeten Summen nominell fast gleich, im Verhältnis zur Mitgliederzahl aber sind sie für 1910 erheblich geringer. Das vierte Vierteljahr zeigt absolut und relativ einen größeren Rückgang.

Wird die Ausgabe pro Vierteljahr auf die Mitgliederzahl umgerechnet, so ergeben sich für die beiden letzten Jahre folgende Ziffern:

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Das ganze Jahr
	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	M.
1909	204	50	44	71	3,61
1910	133	64	36	49	2,82

Bei dieser Gegenüberstellung zeigt sich die Höherbelastung im zweiten und die Besserung im dritten, namentlich aber im vierten Vierteljahr.

Ein etwas anderes Bild ergibt folgende Zahlenreihe: Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit im ganzen Quartal:

	1907	1908	1909	1910
1.	4,4	7,5	13,5	8,6
2.	2,5	4,7	5,0	4,7
3.	2,3	4,8	4,2	3,1
4.	4,4	9,3	6,5	4,3

Hier zeigt das zweite Quartal nicht nur keine Verschlechterung, sondern noch eine direkte Verbesserung gegen das Vorjahr. Der Widerspruch läßt sich dadurch, daß im zweiten Vierteljahr 1909 jede Arbeitslosigkeit durchschnittlich 11 Tage dauerte, im Jahre 1910 aber 15 Tage. Die Möglichkeit, wieder Arbeit zu finden, war mithin im Vorjahr — im zweiten Vierteljahr — wesentlich geringer als ein Jahr zuvor. Daß das weniger auf die allgemeine Wirtschaftslage als auf den Kampf im Baugewerbe zurückzuführen ist, wurde oben schon gesagt.

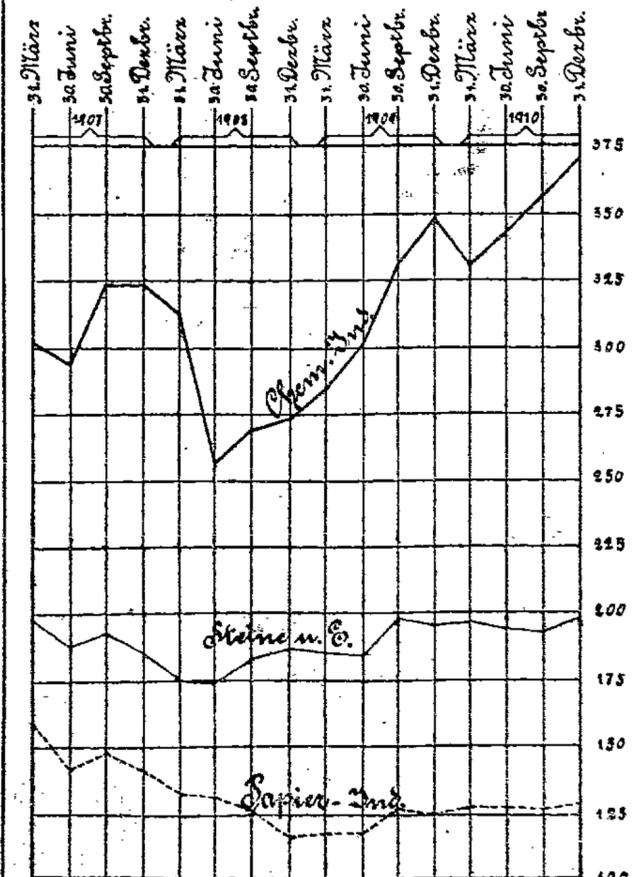
Soviel über den Arbeitsmarkt im allgemeinen. Die angeführten Ziffern berechtigen zu dem Urteil, daß mit Ausnahme des zweiten Quartals, eine erfreuliche Besserung auf dem Arbeitsmarkte im Verbandsgebiet eingetreten ist.

Nun zu einer kurzen Betrachtung der einzelnen Industriezweige. Hierzu müssen wir einleitend folgende Sätze aus unserer vorjährigen Besprechung des Wirtschaftsjahres wiederholen: Leider ist es geradezu unmöglich, über die Lage des Arbeits-

marktes in den einzelnen Gruppen unseres Verbandsgebietes zuverlässige Zahlen zu bekommen. Die Berichte der Krankenkassen zeigen nur den Bestand, aber nicht die Nachfrage; bei den an das Reichsarbeitsamt berichtenden Arbeitsnachweisen sind gerade die für uns in Betracht kommenden Industrien so gut wie gar nicht vertreten und die im Reichsarbeitsblatt auf Grund der Berichte der Gewerkschaften allvierteljährlich veröffentlichte Arbeitsmarktstatistik zeigt keine Gliederung nach Berufen, sondern nur nach Organisationen. Soweit sich laufend ein Ueberblick gewinnen läßt, haben wir in den unter „Wirtschaftliche Umschau“ erschienenen Artikeln die nötigen Informationen gegeben. Wir beschränken uns deshalb darauf, die Bewegung der Börsenkurse, auf deren Wert als Gradmesser nicht nur für den Stand, sondern auch für die Zukunft der einzelnen Industriezweige hin im Vorjahre aufmerksam gemacht wurde; auch für das Jahr 1910 fortzuführen. Raum mangels halber sind in der folgenden Tabelle über den Kursstand der Aktien die Industrien nicht aufgeführt; es ist deshalb folgendes zu beachten: Die 1. Zeile soll die Industrie der Steine und Erden, die 2. die chemische Industrie, die 3. die Papierindustrie dar; die letzte gilt für eine Anzahl unter dem Sammelnamen „Sächtige Industrien“ zusammengefaßte Gruppen.

	1907		1908		1909		1910	
	31. März	30. Juni	30. September	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September	31. Dezember
1.	198	184	193	186	175	174	182	187
2.	302	203	323	338	312	256	268	272
3.	159	143	148	143	132	131	126	170
4.	186	170	175	164	152	139	141	141
5.	183	184	197	195	185	184	197	195
6.	330	301	331	349	330	342	356	370
7.	127	127	126	125	127	127	126	128
8.	148	148	148	148	148	148	148	148

Die fettgedruckten Ziffern zeigen den höchsten, die schräg gesetzten den tiefsten Stand der Kurse in den vier Jahren. Danach hat die Industrie der Steine und Erden den Stand vom März 1907 wieder erreicht, die chemische Industrie hat ihn weit überschritten, die übrigen stehen noch recht weit darunter. Der Ueberblick halber ist die Kursbewegung in den drei wichtigsten für unseren Verband in Betracht kommenden Industriezweigen (die Lederindustrie scheidet aus Gründen, die wir schon wiederholt mitgeteilt haben, bei solchen Berechnungen aus) in nachstehender Tabelle zeichnerisch dargestellt.



Die Kurse für die Papierindustrie und die Industrie der Steine und Erden verlaufen nahezu gleich; sie zeigen einen geringen Fall im dritten und einen Aufschwung im vierten Vierteljahr. Die chemische Industrie zeigt eine geradezu stürmische Aufwärtsentwicklung. Ein Beweis, daß die Aktien der chemischen Industrie begehrt sind, daß die Kapitalisten hier auf besonders reichliche Beute hoffen. Für unsere Kollegen in der chemischen Industrie muß das ein Ansporn sein, mit aller Energie am Ausbau des Verbandes zu arbeiten, damit wenigstens etwas von dem Goldregen, der auf die Unternehmer der chemischen Industrie niederrieselt, in ihre stets leeren Taschen fällt. Verdient haben sie es wahrlich.

Die Ärzte als Unfallgutachter.

II.

Die Gutachtertätigkeit entwickelt sich immer mehr zum Spezialfach. Bei der Lektüre der Schriften, die bekannte Gutachter zur Belehrung anderer Ärzte geschrieben haben, bekommt man erst einen Begriff davon, wieviel bei der Begutachtung durch die Ärzte gesündigt wird. Wovon der Arzt nichts versteht, das betrachtet er einfach als „simuliert“. Besonders interessante Beweise hierfür erbringen die bereits erwähnten gedruckten Vorträge des Professors Schuster.

Nur einige Beispiele seien hier erwähnt: Häufig wird Simulation von Sprachstörungen in ärztlichen Gutachten vermutet. Nach Sch. Erfahrungen ist dieser Verdacht jedoch in der Mehrzahl der Fälle ungerechtfertigt. „Es handelt sich hier um hysterische Störung, wie bei Privatpatienten.“ — Das Haupttätigkeitsfeld der Simulanten soll die Fortäuschung von Gelenksteifigkeit sein. Nach Sch. Ansicht kann man hier die Simulanten durch geschickte Tricks entlarven. Ein solcher „Kunstgriff“ wird wie folgt beschrieben: „Bekannt z. B. ein Patient, den Arm im Schultergelenk nicht über die Horizontale heben zu können, so läßt man den Patienten sich tief vornüber zur Erde bücken und fordert ihn dann mit irgendeiner Motivierung auf, unter Beibehaltung seiner gebückten Stellung den Arm zum Pulsfühlen zu reichen. Der Simulant tut dies in der Regel prompt, da er nicht daran denkt, daß die Horizontalhebung des Armes bei vornübergebeugtem Rumpf der Vertikalhebung des Armes in aufrechter Stellung gleichkommt.“ Alle derartige Kunstgriffe sind aber nach Ansicht des Professors Schuster „gefährliche Werkzeuge der Hand ungeübter Ärzte.“ Er selber hat sich wiederholt trotz seiner anfänglichen gegenteiligen Ansicht davon überzeugt, daß „man gar nicht selten das gleiche Verhalten auch bei ganz uninteressierten Hysterikern zu sehen bekommt“, die nicht von „Rentenlust“ geplagt werden! — Um festzustellen, ob es sich bei der Hand, der Arm oder des Beines nicht simuliert wird, läßt man Dynamometer drücken und vergleicht nach einiger Zeit die gedrückten Zahlen. Unnähernde Konstanz spricht gegen Simulation, Inkonsistenz beweist freilich noch lange nicht, daß der Untersuchung betrügt.

Um Simulation von Schwindelgefühl festzustellen, müssen die Verletzten bei der Untersuchung mit geschlossenen Augen und zusammengeklebten Füßen stehen, wobei dann allerlei „Kunstgriffe“ ausgeführt werden, um den Schwindler zu entlarven; man versucht ihn dabei auch wieder möglichst von dem eigentlichen Gegenstand der Untersuchung abzulenken. Man fragt ihn z. B. quasi nach Plattfüßen und läßt ihn einen Fuß heben, nachdem man vorher dafür gesorgt hat, daß der Patient in erreichbarer Nähe keine Stützpunkte (Stühle) findet usw. Aber auch dieses ist keine einwandfreie Methode. Denn Professor Schuster schreibt: „Steht der Patient sicher und ohne zu schwanken, während er schwankt, sobald die Aufmerksamkeit auf den Versuch gerichtet ist, so darf hierin kein natürliches Zeichen der Simulation gesehen werden, ebenso wie umgekehrt Simulation nicht ohne weiteres ausgeschlossen werden kann, wenn der Patient nicht auf einem Beine allein stehen kann, oder wenn das Schwanken beim Augenschluß trotz der verdeckten Art der Prüfung bestehen bleibt. Es kann nicht scharf genug beurteilt werden, wenn gleichsam „auf Anhieb“ ein starkes und eventuell mit plumpem Einstürzen verbundenen Schwanken für simuliert erklärt wird, weil es gar zu abenteuerlich, grotesk und gemacht aussieht.“ Schuster hat wiederholt erlebt, daß man in dieser Beziehung Hysterikern unrecht getan hatte.

Gleiches gilt nach seiner Ansicht für Gehstörungen. Ein anderer Arzt, Professor Schulte-Greifsmald, belegt das in seiner bereits erwähnten Arbeit durch folgendes Beispiel: Er hatte einmal im Auftrage des Reichsversicherungsamts einen Seemann zu begutachten, der als Simulant angesprochen wurde. Es bestand nach Ansicht der Vorgutachter kein Grund für die Schmerzen beim Gehen und kein Anlaß für die ungewöhnliche Gangart. Bei der körperlichen Untersuchung des Mannes „dachte“ Professor Schulte an einen Oberschenkelbruch. Der von ihm hinzugezogene Chirurg bestätigte seine Diagnose; er konnte es auch wahrscheinlich machen, daß dieser Bruch auf einen Unfall zurückzuführen sei. In keinem der erstatteten Vorgutachten war in dieser Knochenbruch auch nur mit einem Wort erwähnt, der die Schmerzen und die ungewöhnliche Gangart erklärte! — Gewiß ist es vielfach sehr schwer, ein Leiden zu ermitteln. Dafür können aber die Verletzten nicht. Hätte z. B. auch Schulte nicht an einen Schenkelbruch „gedacht“, dann hätte unser Seemann sicherlich keine Rente erhalten und wäre vielleicht durch seinen vergeblichen Kampf um die Rente zum Hypochonder geworden, wie es so vielen geht. Die Ärzte sollten sich also hüten, jeden als Simulanten zu betrachten, bei dem „objektiv nichts nachweisbar“ ist.

Für Prüfung der Empfindlichkeit der Haut (Sensibilitätsprüfung) sind ingenieure Apparate und Methoden ausgedacht worden, um falsche Angaben aufzudecken. Alle diese Methoden haben aber nach Professor Schuster den Fehler, daß sie bei uninteressierten Patienten genau das gleiche, anscheinend bloßstellende Resultat liefern können, wie bei Simulanten. Davon hat er sich immer mehr überzeugt und führt dafür auch einige Beispiele an. Er warnt ausdrücklich vor Trugschlüssen zu denen die zum Teil komplizierten und spitzfindigen Verfahren Angeübten verleiten. Auch Professor Schulte sehr

diesem Punkte folgendes: „Gewiß gibt es Methoden, um nachzuweisen, ob diese oder andre Nerven berechtigt sind. Aber sie sind vielfach hinter dem grünen Tisch konstruiert und verraten einen Mangel an psychiatrischem Verständnis für die wahre Natur der Beschwerden. Sie versagen auch oft insofern, als ihr positiver Ausfall die Beschwerden nur wahrscheinlich macht, ihr negativer Ausfall sie aber nicht mit Sicherheit ausschließt. Es erscheint auch nicht angebracht, im Anschluß an das Sprichwort: „Wer einmal lügt...“ sämtlich als Simulation anzusehen, wenn man ihnen in einem Punkte Bezug nachgewiesen hat.“ Dieser Gutachter hat wiederholt gefunden, daß der angebliche Betrug zu dem Krankheitsbilde des Verletzten gehörte, das der Sachverständige nicht kannte oder nicht verstand! Mehrfach hat er auch festgestellt müssen, daß dem Gutachter die Anatomie nicht geläufig war! Am meisten wird nach seiner Ansicht von den Ärzten bei der Unfallhysterie gesündigt. „Das Wesen der Hysterie ist manchen Ärzten nicht hinreichend bekannt.“ — Trotz des so krankhaft ausgeprägten Ständebewußtseins gibt es unter der Ärztschaft also ebenbürtig Stümper, wie in andern Berufen auch. In andern Berufen kann ein Stümper aber nicht soviel Unheil hervorrufen, wie gerade in diesem.

Als Vorzeichenem erfieht man, wie leicht jemand zum Simulanten gestempelt werden kann, obwohl er wirklich krank ist. Tatsächlich wird und muß von den Arbeitern mehr Gesundheit als Krankheit simuliert werden.

Zum Schluß müssen wir uns noch entschieden gegen das Versprechen anderer Ärzte wenden, die objektive Schwere des Unfalls und der Verletzung als Grundlage für die Rentensatzfestsetzung zu benutzen. Das heißt, ein Unfall kann noch so schwere Folgen hinterlassen, wenn der Arzt der Meinung ist, daß der Unfall objektiv (nach dem Stande der Wissenschaft) nicht „geeignet“ war, derartige Folgen hervorzurufen, dann soll der Verletzte entweder keine oder nur ganz minimale Rente erhalten, ohne Rücksicht auf seinen Zustand im allgemeinen. Das ist direkt unangelegentlich! Doch das kümmert die Schatzkammer unter den Ärzten wenig. Sie begutachten einfach von ihrem „wissenschaftlichen“ Standpunkt, daß der Unfall objektiv nicht geeignet war, die von dem Kranken behauptete Unfallfolge hervorzurufen und damit basta. Niemand kann ihnen etwas anhaben. Leider ist das Reichsversicherungsamt wie in manchen andern Fragen auch in diesem Punkt den Berufswissenschaften und ihren schatzkammerartigen Ärzten gefolgt und hat Rente grundsätzlich verweigert, wenn der Unfall objektiv nicht geeignet war, ein bestimmtes Leiden (z. B. die traumatische Neurose) hervorzurufen. Professor Hoch-Freiburg bezeichnet diese Praxis des Reichsversicherungsamts in seiner Broschüre: „Notwendige Reformen der Unfallversicherungsgesetze“ als unzulässig. „Niemand kann beweisen“, so führt er aus, „daß ein Unfall quantitativ geeignet war, Neurose zu hinterlassen; der Unfall ist immer nur einer der mitwirkenden Faktoren, wichtiger ist die Art der vom Unfall betroffenen Gesamt Persönlichkeit.“ Auch Professor Schulze tritt der Auffassung des Reichsversicherungsamts entgegen. Gerade Untersuchungen der letzten Zeit hätten gezeigt, daß auch nach scheinbar leichten Unfällen recht schwere Verletzungen, die mit Brüchen und Bindungen einhergehen, austreten können.

Nichtdeutlicher verlangt jedoch Dr. Reichardt-Würzburg von jedem Unfall eine sofortige und genaue Protokollierung, um „noch mehr als bisher“ die objektive Schwere des Unfalls über die Rentenansprüche entscheiden zu lassen. Es sollen Fragen nach Veranlassung des Unfalls, Tiefe des Sturzes, Art des Fallens oder Gleitens, Schwere des verletzenden Gegenstandes usw. sowie den unmittelbaren Unfallfolgen beantwortet werden. Er behauptet, daß die große Mehrzahl der ungerechtfertigten Renten (nach seiner Ansicht sind das 70 Prozent) nicht herabgesetzt oder entzogen werden kann, weil der Arzt nicht weiß, was sich „beim Unfall überhaupt ereignet und welche Folgen er gehabt hat“. Außerdem hält er es für „leicht, einem objektiv gering Verletzten eine Dauerrente nicht zu gewähren, aber für schwer, eine solche zu entziehen“. Auch wird nach seiner Ansicht vom Verletzten die Rentenentziehung als größere Härte empfunden, als wenn er gar keine erhalten! Ganzheit sei schließlich noch, daß dieser Herr die traumatische Neurose, diese gefährliche Neurosenkrankheit, die infolge von Unfällen auftritt, und von der Professor Schulze schreibt, daß sie oft Kranke lähmt und Symptome erzeugt, welche den Eindruck erwecken, als sollten sie alles Gewohnte und bisher Dagewesene in den Schranken stellen, durch kategorisches Auftritten gegenüber dem Verletzten und es durch eine kleine Dosis an „Beseitigung“ will in den meisten Fällen führt er sie auf angeborene Anlage zurück, für welche Rente überhaupt nicht zu zahlen ist.

Die Verletzten erfahren hieraus, was für gefährliche Gegner sie in der Ärztschaft haben. Gerade die Ärzte tragen auch sehr viel zu der immer schlechter werdenden Beschaffenheit des Reichsversicherungsamts bei.

Aus dem Reichstage.

Montag, den 30. Januar, kam es im Reichstage mit einer Reihe von Reden zu Besprechungen über die Reformen des Reichsversicherungsamts. Die Reden wurden von dem Reichsminister für soziale Verwaltung, Dr. Richter, eröffnet. Er sprach über die Notwendigkeit der Reformen und die Schwierigkeiten, die dabei zu erwarten sind. Er erwähnte insbesondere die Schwierigkeiten bei der Festsetzung der Renten und die Notwendigkeit, die Rechte der Verletzten zu stärken. Er sprach auch über die Notwendigkeit, die Verwaltung des Reichsversicherungsamts zu reformieren und die Kosten zu senken. Die Reden wurden von dem Reichsminister für soziale Verwaltung, Dr. Richter, beantwortet. Er erklärte, daß die Reformen notwendig seien und daß er alles in seiner Macht stehende tun werde, um sie durchzuführen. Er erwähnte insbesondere die Notwendigkeit, die Rechte der Verletzten zu stärken und die Verwaltung des Reichsversicherungsamts zu reformieren. Die Reden wurden von dem Reichsminister für soziale Verwaltung, Dr. Richter, beendet.

gehäufig Anträgen geschieht. Sie fordern Aufhebung des Impfwanges. Begründet wurden diese Forderungen mit Aufführung einer Reihe von Schäden am Körper von Impfungen, welche durch die Impfungen hervorgerufen, sein sollen. Diese Schäden würden biblisch dargestellt. Sie erfüllten bei Vespaier mit Schaudern und Entsetzen. Die Regierung ließ unter ihren Ministern auch den Gehilfen Professor Richter ausmarschieren, der in fast dreistündigem Vortrage für das unüberhörte Fortbestehen des Impfwanges eintrat. Er warf den Impfgegnern verbrecherische Agitation, Verhöhnung am Walle und seiner Gesundheit und Ueberreizung vor. Ein Teil der biblisch dargestellten Schäden hätten mit dem Impfen nichts zu tun. Andre Bilder seien alt und schon oft vorgelegt worden. Zugaben mußte der gelehrte Herr, daß die Impfung Schäden zur Folge haben kann. Diese seien aber nicht ins Gewicht gegenüber jenen, welche infolge einer Pockenepidemie, bei Nichtimpfen, an des Volkes Leben und Gesundheit angerichtet würden. Die Vereine der Impfgegner sollten das Volk hinhin aufklären, daß aus den Impfungen Schäden der Gesundheit und sogar Tod entweichen könnten und ihm sagen, wie beides trotz Impfen einzuführen und zu vermeiden sei; durch Reinlichkeit, gute Ernährung, Trennen beim Schlaf von andern Kindern. Dagegen sei das Verhalten der Impfgegner aber derauf, daß Impfschäden entstehen müßten. Sie forderten auf zum Delogen der frischen Impfwunden mit Pflaster, zum Abwaschen mit Wasse, schmutzigen Tüchern, ja mit Urin. Den Beweis, daß Aufforderungen letzterer Art erfolgt seien, hat der Herr nicht erbracht. Er wird ihn nicht erbringen können, ebensowenig wie er seine Behauptung beweisen kann, daß es im Falle einer staatlichen Entschädigung der Impfschäden gewissenlose Eltern geben würde, die einen Impfschaden ihrer Kinder herbeiführen würden, nur um zu einer Rente zu gelangen. Das ist mehr als eine maßlose Ueberreizung, das ist eine ungeheure Verdächtigung der Arbeiterkassen. Denn nur diese wird der Herr Gehme Rat und gelehrte Professor einer solchen Schandtat für fähig halten. Mißt man aber an diesen Blüthen der professoralen Ausführungen den Wert der Darlegungen, dann könnte man aus einem Impfspreunde zum Impfgegner werden. Den sozialdemokratischen Antrag, der nicht, als Antrag der Fraktion anzusehen ist — die Anschauungen über die Bedeutung des Impfens sind geteilt — vertrat Genosse Sachse, der die Berechtigung der Entschädigungspflicht und Gewissensklause nachwies. — Die Debatte gelangte auch an diesem Tage nicht zu Ende, sondern wird demnächst fortgesetzt.

Am Dienstag hatte der Präsident des Reichstags eine tieftraurige Mitteilung zu machen. Stehend nahm das Haus die Bekanntgabe des Ablebens ihres Paul Singer entgegen. Die schlichten Worte, die der Präsident dem Gedenten seines Fraktionsvorsitzenden widmete, die in Anerkennung seines Fleißes und seiner Kenntnisse gipfelten, zeugten dafür, daß Paul Singers Bedeutung auch über die Arbeiterklasse hinaus bei den schärfsten politischen Gegnern Anerkennung gefunden hat. Die Arbeiterkassen verlor in dem Verstorbenen, der kurz vorher 67 Jahr alt geworden, einen rastlosen Vorkämpfer, der eine gesicherte bürgerliche Stellung aufgab, um sich ganz dem Befreiungskampf der Arbeiter widmen zu können. Und er widmete sich diesem Kampf zu einer Zeit, da er am heftigsten war. Er löste die Schranken und Härten des Ausnahmengesetzes als Außerordentlicher durch. Er bekämpfte wirksam die Korruptionen im Land. Als die Partei als Siegerin über dieses Gesetz triumphierte, da war es Singer, der am Ausbau der Organisation mit unermüdlichem Fleiß wirkte. Sein Fleiß und sein organisatorisches Geschick konnten auf den Parteitag beobachtet werden, die er bis auf einige als Vorredner geleitet. Daneben übte er seit dem Jahre 1883 ein Stadtratsmandat aus. Neben seiner politischen Tätigkeit für Reich und Gemeinde fand er noch Zeit, sich der Wohltätigkeit zu widmen. Das Wohl für Obdachlose ist seiner Initiative entsprungen; für dessen Unterhaltung brachte er große persönliche Opfer, und eine unzählige Schaar Hilfsbedürftiger fand bei Paul Singer eine offene Hand. Nun ist das rühmreiche Leben erloschen. Trotz großer persönlicher Leiden, war er doch zuletzt halb erblindet, hat er bis kurz vor seinem Tode bei der Arbeit ausgehalten, so daß er fast auf dem Kammplage verblieben ist. Ueber das Grab hinaus wird das wertvolle Volk Paul Singer ein warmes, ehrendes Gedenken bewahren.

Der Beratungsgegenstand des Tages bildete die Wertzuwachssteuer in dritter Lesung. Wie wir in Nr. 5 des „Proletariats“ bereits berichteten, hat der Reichstag in dritter Lesung die Steuerfreiheit der Fürsten wieder eingeführt. Zentrum und Nationalliberale stellten die zur Mehrheit erforderlichen Stimmen. Die biedereren Polen enthielten sich der Abstimmung. So können Deutschlands Fürsten, sobald sie Umzüge in Grundstücken machen, was vorkommen ist und noch vorkommen wird, den Wertzuwachs unbesteuert einmünden; andre Sterbliche dürfen von diesem Gehalte, je nach der Höhe, dem Reiche abgeben. Die Sozialdemokraten verurteilten noch in dritter Lesung dem Gesetz eine Form zu geben, die es ihnen gestattet hätte, eine andre als abnehmende Stellung einzunehmen; so bezüglich der Verwendung des Betrags. Es sollte eine höhere Summe aus dem Ertrage für die Veteranen bestimmt werden, der Anteil der Gemeinden sollte ein höherer sein. Alle diese Anträge wurden abgelehnt. Da beantragte die sozialdemokratische Fraktion einen neuen § 58, der begründen sollte, daß mit Inkrafttreten der Wertzuwachssteuer das Zündwarensteuergesetz außer Kraft trete. Die Annahme dieses Antrags hätte der Versteuerung in der Zündwarenindustrie ein Ziel gesetzt. Kollege Brey begründete den Antrag in eingehender Weise. Er verwies auf die Zerstörungen in den Betrieben, die Entlassungen der Kolleginnen und Kollegen, den Mangel im Absatz, die Betriebsstörungen und alle die Genußverluste, welche seit Inkrafttreten dieser Steuer beobachtet worden sind. Und er konnte den Antrag noch damit begründen, daß auch der Verein der Zündwarenfabrikanten die Aufhebung der Steuer beantragt habe. Wäre es nicht die Herren der Mehrheit keine Auswägungen entgegen. Zu widerlegen waren sie nicht, dazu nahm man sich auch nicht die Zeit. Die Mehrheit wollte die Fristen abwarten, was sollte sie sich da noch durch Erörterungen über das Zündwarensteuergesetz aufhalten lassen!

So kam man außer den Sozialdemokraten nur noch die Freikämpfer für Aufhebung der Zündwarensteuer. Die biedereren Zentrumsmänner liegen es ruhig gemächlich, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter in dem Land der Arbeitslosigkeit und des geringen Verdienstes verkommen. Das nennt sich denn Partei für des Volkes Wohlfahrt und Recht!

Fürstendiener — Arbeitervertreter.

Die Zentrumspartei und das Drittlandsgewerkschaftsmitglied, welches als Konzeptionshilfe an die Arbeiterkassen von ihr in Gnade aufgestellt ist, hat im Verlaufe der letzten Woche die kommissarische Arbeit verabschiedet. Bei Beratung des Wertzuwachssteuergesetzes lagen zwei Anträge vor, die Steuerfreiheit bezug. Steuerzahlung bezug. Der eine betraf die Steuerfreiheit der Fürsten, der andre die Aufhebung der Zündwarensteuer. Zunächst die erstere. Die Kommission, welche die Wertzuwachssteuer beraten, hatte im § 22 hinter den Worten „Von der Steuerpflicht sind befreit die Landesfürsten und die Landesfürstinnen“ die Worte „Wenigstens“ eingefügt. Damit war beschlossen, daß Fürst und Fürstin, wenn sie Grundstücke veräußern, wie jeder andre Grundbesitzer, auch von „Recht wegen“ Steuern zahlen müssen! Von Gesetzes wegen und allerhöchsten Herrschaften durchsetzt werden, für die Veteranen, für den Ausbau des Landes, für den Fall, daß sie mit Grund und Boden oder mit anderen Handelsgütern, genau so ihr Scherlein von dem Wertzuwachssteuern, wie eine Privatperson, der Steuer und Zölle, die sich mit dem entgeltlichen Geschäft des Gebäudes und Grundstücks handelt beschäftigen?

Indes es gibt Leute, die es als ein Unrecht erachten, wenn übermann vor dem Gesetz gleichgestellt wird. Und mancher von den Reichstagsmännern hat bei der zweiten und dritten Lesung zur Erkenntnis bekommen, daß es ein Unrecht ist, wenn die Fürstendiener und Landesfürsten wie jeder andre Volksgenosse Steuern bezahlen.

Sind es moralische, soziale Erwägungen gewesen, die eine solche Veräußerung der Fürsten und Fürstinnen bei der Steuer gerechtfertigt haben? Wird den Fürstendiener ein Opfer zugemutet, das zu bringen über ihre Kraft geht, ihr Wohlergehen gefährdet, sie in der materiellen

Existenz bedroht? Sehen wir uns einmal die Einkünfte einiger der Herren an. Es erhalten: der

König von Preußen	19 000 000 M.
Regent von Bayern	5 402 475
König von Sachsen	4 168 268
König von Württemberg	2 127 080
Großherzog von Baden	1 880 269
Großherzog von Hessen	1 270 142

Diese Liste mag genügen. Wer solche Einkünfte hat, neben Reichtum und enormem Besitz an Grund und Boden, der darbt nicht und bedarf keines Vorrechtes, keiner Erleichterung bei Verteilung des Lastr. Das Volk wird auch kein Verhängnis dafür haben, daß genannte Kreise gar ein Recht auf Steuerfreiheit haben sollen. Dem Reichsbewußtsein des Volkes entspricht es, daß hoch und niedrig die Steuern zahlt, die zur Befreiung des Staatshaushaltes geschaffen werden. Welche Veranlassung, welche das Volk den reichen ageraltlichen Großgrundbesitzern entgegenbringt, hat es für jene, welche der Steuerdrückbergerei eine gesetzliche Basis schaffen. Nun hat das Zentrum zum großen Teile in der zweiten Lesung gegen die Steuerfreiheit der Fürsten gestimmt. Zwischen der zweiten und der dritten Lesung haben diese Steuerer für Wahrheit und Recht umgeleert. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Zentrumsgesandten fand es in der zweiten Lesung durchaus für recht, daß auch die Fürstinnen und Fürstinnen Zuwachssteuer bezahlen, denn sie stimmten für Verbeibehaltung des Konsumtionssteuervertrages, was sie für recht hielten, war bei der dritten Lesung unecht, denn die Steuerfreiheit der Fürsten. Wie verhielten sich die Gewerkschaftsführer, Bader, Giesberts, Schiffer und Wieberg? Der Regiergenannte enthielt sich der Abstimmung! Aber Bader, Giesberts und Schiffer stimmten dafür, daß die Fürstinnen und Fürstinnen Wertzuwachs unverschuldet gewinnen können!

Nun ein andres Bild. Die sozialdemokratische Fraktion nahm Veranlassung, der gleichen Sitzung den Reichsboten Gelegenheit zu geben, nach den wirklichen Grundlagen des Rechtes Wertzuwachs von einer Steuer zu beschließen. Da ist die Zündwarensteuer! Sie schädigt die Verbraucher, die Vermittler, die sich Erlösmittel nicht anschaffen können, am meisten; sie ruinierte den Markt, Betriebe gehen ein, die andern lassen 3 bis 5 Tage pro Woche wenige Stunden arbeiten, nachdem sie schon wochen- und monatelang ganz ausgelegt hatten. Nach den eigenen Bekundungen des Vereins der Zündwarenfabrikanten sind Tausende von Arbeitern entlassen worden, viele konnten andre Arbeit nicht finden! Not und Elend ist eingezogen für die Arbeiter in der Zündwarenindustrie. Die Schachtelabriken sind von diesen verheerenden Wirkungen mit erfaßt worden. Als Erlösungsmittel aus dieser Träbal und Not wird von den Sozialdemokraten beantragt, die Zündwarensteuer aufzuheben! Welches Schauspiel bietet der Reichstag nun? Der Begründer des Antrags wird mit Unruhe empfangen, aber er verachtet sich Gehör! Seine Darlegungen stützen sich auf Tatsachen. Dieselben Leute aber, die den millionenreichen Fürsten Steuerfreiheit verschafft, lehnen es nun ab, die Zündwarenarbeiter von der erdrückenden, verelendenden Zündwarensteuer zu befreien. Die Zentrumsmänner einseitig die Arbeiterkassen, die bei der Finanzreform die Unterstützung der Zündwarenarbeiter ablehnten, weil sie angeblich nicht ahnten, daß diese solches Elend zeitigen würde, verhindern auch jetzt, nachdem die Not der Zündwarenarbeiter offenbar geworden, daß letztere von diesem Elend befreit werden.

Dieselben Zentrumskräfte, die die Landesfürsten von der Steuer befreien, stimmten gegen die Aufhebung der weitesten Volksklasse schwer belastende, Tausende von Arbeitern zu Hunger, Not und Elend treibende Zündwarensteuer.

Das sind die Führer der christlichen Gewerkschaften als Politiker; das ist das Zentrum, die angebliche Arbeiterpartei!

Steuerfreiheit den Landesfürsten, Hunger den armen Zündwarenarbeitern.
Kollegen und Kolleginnen! Gebt die richtige Antwort auf dieses Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer!

Massen und Führer.

Anlässlich einer Reihe von Disziplinbrüchen und lokalen Abspaltungsvorgängen in den Gewerkschaften ist in jüngster Zeit wiederholt die Frage erörtert worden, wie es möglich ist, in Zukunft solche für die gesamte Arbeiterbewegung schädlichen Vorwommnisse zu vermeiden. Auf der einen Seite wird den „Führern“, das heißt den Vorständen der Gewerkschaften, auf der andern Seite einem zu geringen Verständnis der Massen für die so absolut notwendige gewerkschaftliche Disziplin die Schuld dafür zugeschrieben. Die Frage, wie Abhilfe zu schaffen ist, wird bei der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse immer brennender werden.

Die Periode, wo die wirtschaftlichen Kämpfe auf lokale Gebiete beschränkt blieben, ist für viele Gewerkschaften vorbei. Den großen Zentralverbänden der Arbeiter stehen die großen Zentralorganisationen der Kapitalisten gegenüber. Wenn auch auf vielen der letzteren die Interessensgleichheit bisher keine einheitliche war, wie uns die Kämpfe im Bauergewerbe und in der Textilindustrie gezeigt haben, so dürften wohl nur wenige lebende Gewerkschaftsbeamte sich der Wirkung hingeben, daß die jetzt noch vorhandenen Mängel in der Geschlossenheit der Arbeiterverbände nicht beseitigt werden können. Die Hoffnung, durch eine über einen ganzen Distrikt oder über das ganze Reich ausgebreitete Aussperrung von Arbeitern die Wirksamkeit ihrer Zentralorganisation lahmlegen zu können, ist von den Kapitalisten durchaus nicht aufgegeben und wird sie immer wieder dazu treiben, ihre Organisationen weiter auszubauen. Ist die allgemeine Geschäftslage eine günstige, wird der Profiteur der einzelnen Kapitalistengruppen ihrem einheitlichen und geschlossenen Vorgehen sich allerdings noch wiederholt hindern in den Weg stellen, beginnt jedoch die Konjunktur abzulassen, wird die Kampfesfreudigkeit, weil materielle Verluste nur in geringem Maße zu befürchten sind und durch die bestehenden Streikversicherungsgesellschaften zu beden sind, auf Seiten der Kapitalisten wieder wachsen. Sich darüber zu täuschen, wäre ein unzersehblicher Mangel an Logik. Die Schwierigkeiten, die sich den Leitern der Kapitalistenverbände entgegenstellen, um ihre Truppen zu einem brutalen Gewaltstoß gegen die Zentralverbände der Gewerkschaften zu veranlassen, sind jedenfalls weit geringer, als sie es für die Leiter der Gewerkschaften sind, die Massen der in Betracht kommenden Arbeiter gegenüber diesen Unterdrückungsverhältnissen von der Notwendigkeit der richtigen Kampfstrategie zu überzeugen. Das in jüngster Zeit vielfach erörterte, demokratische Misstrauen gegen die Führer kann in solchen Momenten geradezu unheilvolle Folgen zeitigen.

Die Organisations großer Aussperrungen haben es verhältnismäßig leicht, die Zahl der Kapitalisten ist eine geringe; in Zusammenkünften hinter verschlossenen Türen sie zu einer einheitlichen Kampfstrategie zu bestimmen, ist kein großes Kunststück. Wenn wirklich eine Reihe der kleineren Fabrikanten sich gegen die Brutalität der Schatzkammer etwas sperren sollte, so hat das nicht viel zu bedeuten. Die Gesamtzahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter ist gegenüber denen der großen Betriebe eine minimale, außerdem befinden sich in der Regel die Handwerker und Kleinfabrikanten in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis von den Großindustriellen, daß sie — kommt es zum Kampfe — wohl oder übel mitmachen müssen.

Das Misstrauensverhältnis der kleineren Fabrikanten in den Arbeitergewerkschaften ist ein sehr beschränktes, in ihnen gilt nicht der demokratische Grundsatz: „eine Person, eine Stimme“, entscheidend bei Abstimmungen ist entweder die Zahl der beschäftigten Arbeiter oder die nach der Gesamtlohnsumme bemessene Höhe der Beiträge. Wie die Großen sprechen, müssen die Kleinen tanzen. In diesen antidemokratischen, kapitalistischen Organisationen den Ton für die zu machende Zukunftsmusik anzugeben, bedarf keiner großen Dirigentenkunst.

Geradezu entgegengesetzt liegen heute die Verhältnisse in den Arbeiterverbänden; ohne das Mitwirken der Massen sind große wirtschaftliche Kämpfe gegen das Kapital unmöglich. Große Massenverfassungen aber zur Geheimhaltung der gefassten Beschlüsse verpflichtet zu werden, wäre sinnlos. Verhandlungen, welche vor Tausenden gepflogen werden, sind nicht geheim zu halten; die kapitalistischen Gegner können sich jederzeit mit Leichtigkeit darüber unterrichten. Das ist für sie ein Vorteil, für die kämpfenden Arbeiter ein großer Nachteil.

In einem Briefe dem Feinde seine Pläne offen darzulegen, ist alles andere als eine taktische Strategie. Die Verhältnisse haben deshalb die Gewerkschaften geradezu gezwungen, die Entscheidung in letzter Instanz einer kleinen Zahl von Personen, in der Regel den Zentralvorständen, zu übertragen. Diese sind die lokalen Funktionäre der Gewerkschaften, die statutarisch die Beschlüsse der Zentralvorstände auszuführen haben, kommen nun ganz naturgemäß in die Lage, recht häufig, wie man sagt, "bremsen" zu müssen. Die Streikenden fassen in der Regel die Situation optimistisch auf. Zahlreiche Beispiele liegen sich dafür anführen, daß die Streikenden selbst dann noch, wenn für jeden unbefangenen Beobachter die Ausblicklosigkeit weiteren Kampfs ohne Zweifel feststand, an den baldigen Sieg glaubten. Nicht immer gelingt es, die Kampferden zu überzeugen, daß ein weiteres Ausdauern im Kampfe ihre Position nur verschlechtern kann, sie eventuell zur Annahme minimaler Zugeständnisse zu bewegen. Differenzen mit den "Zuhörern", wie nun einmal in Arbeiterkreisen die durch das Vertrauen der Arbeiter zu ihrem Amte erwählten Gewerkschaftsfunktionäre genannt werden, sind dann unausbleiblich, das demokratische Vertrauen braucht in solchen Situationen gar nicht besonders gepredigt zu werden, es wächst aus der erbitterten Stimmung der Arbeiter, aus ihren nicht erfüllten Hoffnungen von selbst heraus. Es gibt wohl keinen Gewerkschaftsleiter, der unter solchen Umständen entweder aus Unkenntnis oder aus Demagogie von einzelnen nicht schon des Vertrauens der Arbeiterinteressen beschuldigt worden wäre. Nun wird es wohl keinem vernünftigen Menschen einfallen, die "Führer" zu Päpsten stampeln zu wollen, auch sie können sich über die Situation täuschen. Daß aber die Möglichkeit eines Trübsalstiefes seitens der Streikenden in ihrer durch den Kampf leidenschaftlich erregten Stimmung eine weit größere ist, als bei den an der Spitze einer Organisation stehenden, der Gesamtheit der Mitglieder verantwortlichen Vertrauenspersonen, dürfte jeder objektiv Urteilende ohne weiteres anerkennen.

Bei mehreren Konflikten zwischen Zentralvorstand und Streikenden haben diese, trotzdem die Statuten ausdrücklich das Gegenteil bestimmten, entschieden verlangt, daß ihnen ganz allein die Entscheidung über Beginn und Beendigung von Streiks zufließen müsse. Begründet wurde dies in der Regel mit den "Grundsätzen der Demokratie". Was ist grundsätzlich. Solale Kämpfe ohne Inanspruchnahme der Mittel des Gesamtverbandes zu führen, ist fast immer ein Ding der Unmöglichkeit; aus jedem lokalen Kampfe laun sich ein Kampf für alle Mitglieder oder einen großen Teil derselben entwickeln. Deshalb muß entweder der Gesamtheit oder deren beauftragten Vertretern die Entscheidung auch bei lokalen Differenzen mit den Kapitulanten zufließen. Beginn und Beendigung eines Kampfes durch eine Urabstimmung der Mitglieder des gesamten Verbandes bestimmen lassen zu wollen, hat sich noch in keiner gewerkschaftlichen Organisation bewährt. Soll die Gesamtheit ein richtiges Urteil fällen, mußte sie über alle in Betracht kommenden Verhältnisse unterrichtet werden: über die wirtschaftliche Situation im allgemeinen — unter Umständen sogar über die Verhältnisse auf dem Weltmarkt, über die Verhältnisse am Orte oder in der betreffenden Fabrik, über die Finanzen der Organisation, über die von den Arbeitgebern getroffenen oder eventuell einzuleitenden Maßnahmen, über deren Organisationsverhältnisse und noch vieles andre mehr.

Eine solche Klarstellung der Dinge vor aller Öffentlichkeit wäre geradezu bahuhistorisch; im Moment eines bevorstehenden Kampfes oder im Kampfe selbst die Massen zum "Generalstreik" ernennen, würde nichts weiter als eine unverantwortliche Schädigung ihrer eigenen Interessen bedeuten. Das Referendum, wo immer es eingeführt wurde, ob in England oder in Deutschland, hat sich in gewerkschaftlichen Organisationen für Entscheidungen über Kämpfe noch nirgends bewährt; ja — es kann hinzugefügt werden, daß es in England für den inneren Ausbau der Gewerkschaften mehr hindern als fördernd gewesen ist und deshalb von den Gewerkschaftsmittgliedern selbst in den meisten Verbänden aufgegeben wurde. Es ist doch auch eine durchaus falsche Auffassung von dem Wesen der Demokratie, daß über das, was alle angeht, auch von allen direkt und selbst entschieden werden müsse. Den Interessen des arbeitenden Volkes entspricht es vielmehr, seinen Willen durch von ihm erwählte Vertreter zum Ausdruck zu bringen.

Die Frage, ob bei wirtschaftlichen Kämpfen das Referendum oder das Repräsentativsystem das richtige ist, dürfte, davon sind wir überzeugt, in den Gewerkschaften von der Mehrheit der Mitglieder, sobald erst einmal die Erörterung dieser Frage in ruhige Bahnen gelenkt ist, bestimmt zugunsten des Repräsentativsystems entschieden werden, nur über die Frage der entsprechenden Gestaltung desselben werden in jeder Gewerkschaft von Zeit zu Zeit immer erneut Erörterungen stattfinden. Namentlich in den großen Industrieverbänden wird man dieser Frage in nächster Zeit seine volle Aufmerksamkeit widmen müssen.

Es ist erklärlich, daß ein großer Teil der Mitglieder eine keine Beamtenverfassung, die weit entfernt von den Ereignissen ihre Entscheidungen trifft, nicht als den richtigen Ausdruck der Demokratie erachtet. Die vielerlei alle zwei Jahre stattfindende Generalversammlung kann immer nur zu den schon getroffenen Entscheidungen Stellung nehmen, sie kann sie billigen oder verurteilen, an der Sache selbst kann sie nichts mehr ändern. Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder durch ihre Vertreter ist ein äußerst beschränktes; die Generalversammlung kann die Beamten absetzen und durch andre ersetzen; auf die Entscheidungen der neuen Beamten hat die Generalversammlung genau so wenig Einfluß, wie sie ihn auf die früheren hatte.

Der einzige Weg, den Mitgliedern der Organisation ein wirksames Mitbestimmungsrecht zu sichern, ist der, eine ständige Vertreterversammlung zu schaffen, die der Vorstand verpflichtet ist, zu allen wichtigen Entscheidungen zusammenzuberufen.

Die Wahl der Delegierten zu dieser ständigen Vertreterversammlung mußte jährlich stattfinden; für jeden Delegierten mußte gleichzeitig ein Ersatzmann gewählt werden. Dieser Vertreterpersönlichkeit mußten in erster Linie alle Rechte, die bisher der Generalversammlung zustanden, übertragen werden: Wahl sämtlicher leitenden Beamten und einer Kontrollkommission, Bestimmung der Beamtengelder und Veränderungen des Status. Selbst in normalen Zeiten müßte die Vertreterversammlung mindestens einmal im Jahre zusammenberufen werden, um die regelmäßigen Geschäfte zu erledigen. Der Vorstand müßte aber statutarisch verpflichtet werden, die Vertreterversammlung sofort zu berufen, sobald es sich um die Entscheidung über Kämpfe größeren Umfanges handelt. Die Praxis würde bald von selbst ergeben, unter welchen Umständen die Einberufung der Vertreterversammlung erforderlich ist.

Ein Anfang in dieser Richtung ist in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bereits gemacht. Sämtliche Bauarbeiterorganisationen hatten für die Dauer der letzten Bauarbeiterausperrung ihre Generalversammlungen in Permanenz erklärt. Die endgültige Entscheidung über das Resultat der Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde nicht von den Vorständen der Zentralverbände, sondern von den Vertretern der Bauarbeiter getroffen.

Es ist selbstverständlich, daß solche Verhandlungen keine öffentlichen sein können; jeder an ihnen Beteiligte wird es aber als seine moralische Pflicht erachten, selbst wenn er mit seiner Meinung in der Minderheit geblieben ist, für die Durchführung der gefassten Beschlüsse bei seinen Kollegen im Lande mit aller Entschiedenheit einzutreten.

Eine je größere Zahl von Gruppen die einzelnen Industrieverbände umfassen, desto mehr werden auch die verschiedenen Interessen dieser einzelnen Gruppen sich geltend machen. So selbst in einem Verbände, in dem nur die Angehörigen eines einzigen Gewerbes organisiert sind, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwischen Nord und Süd, Ost und West, zwischen Groß- und Kleinstädten zu verschieden, daß es eine ungemein schwierige Aufgabe ist, hier den richtigen Ausgleich zu schaffen.

Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über allgemeine Tarife werden selbstverständlich immer nur durch eine beschränkte Anzahl von Personen geführt werden können; selbst bei umfassender Kenntnis der Verhältnisse wird es aber auch für diese keine leichte Aufgabe sein, in allen Fällen das Richtige zu treffen.

Die Grundlage für solche Verhandlungen muß durch die objektive Darstellung der Verhältnisse von den Vertretern der Arbeiter aus allen Distrikten des Reiches gegeben werden, die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Resultats der Verhandlungen muß in den Händen dieser Vertreter liegen.

Daß eine Urabstimmung das allerungeeignetste Mittel ist, über allgemeine Reichstaxen zu entscheiden, lehrt die Abstimmung über den allgemeinen Tarif für das Ruhrgebiet. Trotz Annahme desselben durch die Mehrheit der Mitglieder loderten die Flammen der Empörung und der Hoiwraucht hell auf und wurde in dieser Stimmung in Hamburg die Gründung einer Gegenorganisation beschlossen.

Bei einer allgemeinen Vertreterversammlung ist die Möglichkeit, durch ruhige Abwägung aller Argumente für und gegen die Durchföhrung einer Forderung schließlich doch eine Uebereinstimmung zu erzielen, weit größer,

als bei einer Urabstimmung, bei welcher öfentlich doch nicht alles gesagt werden kann, was zu sagen notwendig ist; durch Massenentscheidungen ein alle beschließendes Resultat bei den naturgemäß unendlich verschiedenartig gelagerten Interessen der Individuen oder Gruppen von Individuen zu finden, ist so unmöglich, wie die "Quadratur des Kreises".

Nur durch den Ausbau des Repräsentativsystems in den Gewerkschaften wird es möglich sein, die so notwendige Einheit und Geschlossenheit bei wirtschaftlichen Kämpfen zu schaffen; die großen Verbände sollten die Kosten, die dadurch verursacht werden, nicht scheuen; die Kosten, die entstehen können durch die Disziplinlosigkeit eines größeren oder geringeren Teils der Mitglieder werden bestimmt weit höher sein als die einer ständigen Vertreterversammlung.

Außerdem dürfte das Interesse an den Verhandlungen einer ständigen Vertreterversammlung durch die fortgesetzte Richterstattung der Vertreter bald aller Orte in den Mitgliederkreisen ein äußerst lebhaftes werden; die Fluktuation in den großen Verbänden, das Ein- und Ausreten ganzer Scharen von Arbeitern beweist, daß der Gewerkschaftsverband bei großen Massen von Arbeitern noch nicht zu Fleisch und Blut geworden ist. Wir müssen die Massen zur Mitarbeit erziehen — nicht durch Zwangsmassnahmen, die dazu das allerungeeignetste Mittel sind, sondern indem wir ihr Interesse an dem Ausbau und der Stärkung der Organisation durch eine fortgesetzte Verbindung zwischen Massen und Führern, durch unausgesetzte Belehrung über die Wirksamkeit der Organisation wachzurufen suchen.

Dann dürfte endlich wohl einmal auch das Gerüde, daß die Führer die Führung mit den Massen verloren haben, aufhören. Auch wir anerkennen das "demokratische Vertrauen" als notwendig und ausbringend, soweit es sich auf die Auswahl der Tüchtigsten und Besten zu den Vertrauensstellungen in den Gewerkschaften und die unablässige Kontrolle derselben durch die dazu bestellten Organe bezieht. Nicht "Instrumente des Himmels", sondern außerhalb der Masse stehende höhere Instanzen sollen unsere Führer sein, sondern durch das Vertrauen der Masse Wurzeln, mit ihr in ständiger Führung lebende Organisationen. Im Kampfe aber Vertrauen gegen Vertrauen; Führer, die nicht das Vertrauen der Masse besitzen, können keinen Kampf erfolgreich zu Ende führen. Die Massen müssen dazu erzogen werden, sich im Kampfe den Beschläffen der von ihnen selbst erwählten Vertrauenspersonen unterzuordnen; eine Armee, die keine einheitliche Kampfstrategie befolgt, wird, anstatt zu siegen, Niederlage auf Niederlage erleben.

Skandinavischer Knechtsinn, Kadavergehorsam sind doch wohl etwas andres, als die auf die Hingabe an die Sache der Arbeit gegründete, freiwillige Disziplin der Massen — diese Disziplin ist eine Waffe, die die Kämpfer selber von vornherein mit Siegesgewißheit erfüllt. Was war bisher der größte Schrecken der Gegner des aufwärtsstrebenden Proletariats? — Der auf ständiger Aufklärung der Massen basierende selbstbewusste Glaube an die unantastbare Ehre und Treue derjenigen, denen sie selber die Leitung übertragen hatten.

A. v. Elm in der "Neuen Zeit".

Teile und herrsche!

Die Ausführungen, die Kollege Hartleib in Nr. 4 des "Protestanters" über die angeblich neueste Verteidigungsstrategie der Unternehmer macht, bedürfen in ihren letzten Teilen und in ihren Schlussfolgerungen einer Korrektur, sollen nicht bei den Kollegen im Lande ganz falsche und unter Umständen für die Organisation recht gefährliche Auffassungen Platz greifen.

Hartleib geht von Voraussetzungen aus, die teils direkt und teils indirekt, teils nur bedingt richtig sind. Er redet sich ein, beim Kampfe der Bau- und Metallarbeiter habe kein genügender Erfolg für die kämpfenden Arbeiter beschafft werden können. Will man auf diese Behauptung, wie es Hartleib tut, Vorschläge für eine andre Taktik der Arbeiter aufbauen, dann muß man sich beweisen. Hartleib macht es sich sehr leicht. Er argumentiert einfach: Die Unternehmer hatten keine Arbeitswilligen, ergo konnten sie keine bekommen! So kommt man freilich leicht über alle Schwierigkeiten hinweg! Tatsache ist aber, daß die Unternehmer überhaupt gar nicht daran gedacht haben, das es völlig jenseits ihrer Absicht lag, sich den Ballast der hingschweben Siebenmonatsdauer auszuladen! Auguste Müller und Genossen waren nicht schlecht enttäuscht, daß für sie rein gar nichts abfiel, daß man sozusagen "gründlich" auf ihre schätzbaren Dienste verzichtete. Andersfalls, das unterliegt für denjenigen, der die Leistungsfähigkeit dieser Seelenverkäuferin aus allerhöchster Nähe zu tagelanger gelernt hat, gar keinem Zweifel, wäre es ein Kinderpiel gewesen, die bedrängten resp. finanziell schwächsten und darum auf fortlaufenden Betrieb am meisten angewiesenen Werften mit Streikbrechern zu versorgen, ebenso wie es nicht ganz schwer gewesen wäre, wirklich bedrängten Kleinmeister die nötigen Hauptkräfte zu beschaffen. Wer da weiß, wie sich 1909, die vom Vorjahr zum großen Kampfe, in Hamburg die Dinge im Baugewerbe machten, der weiß, daß es hier gerade zahlreiche Wege gibt, momentanen, gefährlichen Notlagen abzuhelfen. Da guden, wenn alle Stränge reissen, die behängigen Meister mal selbst wieder in die Bütte, um dringliche Arbeiten rechtzeitig fertigzustellen. Und im übrigen ist es doch ein offenes Geheimnis, daß in beiden genannten Berufen die Trauer über kleinerer Existenzen, die einem wirtschaftlichen Kampfe zum Opfer fielen, ungefähr von dem Kaliber ist, die mit einem Auge weint, die weil sie mit dem andern lacht.

Bei beiden großen Kämpfen des Jahres 1910 haben es die beteiligten Unternehmer von vornherein aus wohlwollenden Gründen abgelehnt, die Hilfe von fremden Heilbergern in Anspruch zu nehmen.

Eigentlich widerspricht das ja auch dem Charakter der Ausperrung. Das mögen die Unternehmer erlitten haben. Bei dieser Form des Kampfes entscheidet doch offenbar den Sieg die größere Widerstandsfähigkeit. Ich will hier nicht über gewisse Maßregeln reden, die man bei beiden großen Kämpfen machen konnte; das ist m. E. an andrer Stelle besser anzurathen. Jedenfalls gerät es von einer sehr naiven und durch intimere Kenntnis der Dinge ungenährten Auffassung, wenn Hartleib stolz verkündet, wenn es gelinge, die Betriebe auf längere Zeit vollständig still zu legen, dann werde auch der stärkste Widerstand der Unternehmer gebrochen. Er darf, das genügt zur Illustration seiner Tatsachenverkennung vollkommen, nur darauf aufmerksam gemacht werden, daß es völlig still legten! Im Baugewerbe sogar mit überraschender Gründlichkeit. Dem Wunsche der "Arbeitgeberzeitung", dies zu verhindern, hätten die Werksbesitzer ebenso wie die Baugewaltigen bei einiger Anstrengung wohl entsprechen können, wenn sie es für zweckmäßig gehalten hätten.

Auf jene irrigen Voraussetzungen gründet Hartleib nun, zwar ohne weitere Details, aber doch durchsichtig genug für jeden, der zu lesen versteht, die fähe Idee der "breiteren Basis". Es ist das eine nicht unbekante Formel, die man vor allem aus dem Munde derer hört, die des frommen Glaubens sind, wenn man nur mal auf der ganzen Linie losfährt, dann werde man in wenigen Tagen Jahrgelüste überbringen. Es ist dies die wunderwolle Weisheit, die jenseits des Rheins durch Tragiomedien auf Kosten der Arbeiter den emeticierten Helben des großen Raulls und letzten Portemantea à la Briand die waldigen Ministersejel festigt, jene wunderwolle Weisheit, die ja auch schon vorangejagt wurde in dem jenseits der Weichsel geborenen Paradoxon, daß große Kämpfe am besten mit den unklugierten, unorganisierten Massen siegreich geführt würden.

Einfacheilen schaffen aber noch auf lange Zeit die Unternehmer die breitere Basis, und wir haben uns von Fall zu Fall an der Hand unserer bisherigen Erfahrungen sehr reichlich zu überzeugen, ob wir aus taktischen Gründen zu Verbündeten greifen sollen. Masse n über wollen wir das aber, dann ist erste Bedingung, vor allem in unserm Verbände, daß wir erst einmal die materielle Möglichkeit dazu schaffen! Als die Metallarbeiter glücklicherweise sehr gut getroffen: Wenn man solche Kämpfe künstlich mit einiger Aussicht auf Erfolg führen wolle, dann müßte der Metallarbeiterverband 20 Millionen dafür aufzubringen können. Eine breite Basis ist eine sehr schöne Sache, aber, wie alle schönen Sachen, auch sehr teuer! Das soll man nie aus dem Auge lassen. Und wenn ich dann so an den Verhandlung in Halle zurückdenke, wenn ich mir vergezwörtige, wie wir mit Engelszungen redeten: "Kinder, wenn ihr diese hochliegenden Gebirge habt, wenn ihr gar für Generalstreik und ähnliche lähe Sachen schmarzt, dann müßt ihr auch für Kriegspulver sorgen!" wenn ich mir da ins Gedächtnis zurückrufe, wie man um 5 Pf. willens Lage verteidigte, und wie ein gewisser, sehr rebs- und febergewandter, der breiten Basis mit unbedürftiger Webe sich zuneigender und mit einem Meins immer schon einen Tag hinter der sozialen Revolution stehender Kollege aus Hannover trotz

aller moralischen Wippenstöcke anmentwegt gegen die 5 Pf. dotierte, die unsern Verbände doch wenigstens eine um ein paar Zoll breitere Grundlage berliehen haben würden, dann muß ich mit dem Meidenburger (sagen: "Kinnings, schaut zu ununghen Wärd!"

Will man nach dem Hartleibigen Rezept verfahren, dann muß es erst in Punkte Beitrag heißen: Nicht Maulpfeifen, Pfeifen! Sonst bleiben die interessantesten Betrachtungen Syren, in der man das Korn vergeblich sucht! August Kasch.

Zum Essener Meineids-Prozess.

Nach viertägiger Verhandlung hat sich in Essen der Vorhang über eine Justiztragedie gesenkt, die für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von außerordentlich großer Bedeutung von Beginn an und auch in ihrem ganzen Verlauf war.

Der Prozess ist erwachsen auf dem Kampffeld der christlichen und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, so hat mit einer gewissen Berechtigung der Vorliegende in seiner Anrede an die Geschworenen ausgeführt. Nur die älteren Kollegen werden sich der dem ganzen Prozess zugrunde liegenden Vorgängen noch in etwas erinnern, liegen die Ereignisse doch heute mehr als 15 Jahre zurück. Der Essener Meineidsprozess hat eine lange Geschichte.

Im Jahre 1889 wurde in Bochum der Bergarbeiterverband gegründet. Bald darauf wurden auch von Zentrumsanhängern Versuche gemacht, eine christliche Organisation ins Leben zu rufen. Nach einigen vergeblichen Bemühungen gelang es schließlich, den sogenannten "Gewerksverein christlicher Bergarbeiter" zu gründen. Unter dem jetzigen Landtagsabgeordneten Brust begann die "christliche" Organisation alsbald einen regelrechten Verleumdungskampagne gegen den Verband der Bergarbeiter. Im Gegensaße zu den freien Bergarbeitern standen den "Christen" natürlich Solale allerorts zur Verfügung, wöpingegen dem alten Bergarbeiterverband alle Gälte in der ungläublichsten Weise abgetrieben wurden. Die Führer des alten Verbandes mußten die Wahl oder Äbel in die Versammlungen des christlichen Gewerksvereins gehen, wenn sie den gegen sie verbreiteten Verleumdungen entgegenzutreten wollten.

Eine dieser christlichen Versammlungen fand am 3. Februar des Jahres 1895 in Daulau bei Herne statt. Der jetzige Zentrumsabgeordnete Brust leitete die Versammlung. Der damalige erste Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Ludwig Schröder, und einige seiner Freunde waren zu der Versammlung erschienen. Als von Anhängern des alten Verbandes zu Beginn der Versammlung Durcheinander geordnet wurde, forderte Brust sofort Schröder und seine Freunde auf, den Saal zu verlassen. Gleichzeitig bei Brust den überwachenden Beamten, Gen darm Münter, ihm — Brust — beizufolgen. Schröder wollte den Saal verlassen, an der Saaltür, am Kaffeisch, verlangte er sein Entree zurück. Der Gen darm war ihm schon auf den ga. gen Weg gefolgt, an der Tür saß der Gen darm dann Schröder in den Nacken und stieß ihn zweimal zur Erde. Schröder ging dann mit seinen Freunden nach Hause.

Ueber diese Vorgänge brachte das Organ des alten Verbandes einen Bericht, der zu einer Anklage gegen den Reklateur führte. In dem Prozess beschwor der Gen darm, Schröder nicht gestochen und auch nicht angefaßt zu haben. Einige christliche Zeugen beschworen, sie hätten es sehen müssen, wenn Schröder von dem Gen darm gestochen worden sei. Schröder und sechs andre Mitglieder des alten Verbandes, darunter der Kassierer des Verbandes, Meyer, ferner die Bergleute Gräf, Jmberg, Beckmann, Thiele und Willing bekundeten unter ihrem Eide, die in dem Verbandorgan gegebene Darstellung sei richtig. Der Reklateur wurde dennoch verurteilt, und Schröder und seine Freunde, die beschworen hatten, daß der Gen darm gestochen habe, wurden — verhaftet. Am 17. August 1895 verurteilte das Essener Schwurgericht die Angeklagten zu insgesamt 18 1/2 Jahren Zuchthaus und sechs Monaten Gefängnis wegen wissenschaftlichen Meineides. Das Urteil erregte allgemeines Aufsehen. Auf der dem Gen darm hatte in der Verhandlung kein weiterer Zeuge bekundet, Schröder sei nicht gestochen worden, dahingegen bekundeten eine Anzahl Zeugen, daß der Gen darm Schröder zweimal gestochen habe. Gegen das Urteil wurden selbst in weiten Kreisen der Bürgerchaft starke Bedenken laut, und zwar um so mehr, als der Staatsanwalt einen direkten Gegenlag zwischen den christlich organisierten Bergarbeitern und den freiorganisierten zog, und die ersteren als glaubwürdig bezeichnete, wöpingegen er behauptete, daß die Angehörigen des freien Bergarbeiterverbandes keinen Glauben verdieneten. Da die Beweisaufnahme selbst für die Schuld der Angeklagten außer dem Zeugnis des Gen darmen nichts ergeben hatte, so bleibt für das ungeheuerliche Urteil nur die Erklärung, daß auch die bürgerlichen Geschworenen die verhängnisvollen Argumente der Staatsanwaltschaft sich zu eigen gemacht haben. Diejenige Presse, die die wirtschaftliche Kampfesorganisation der modernen Arbeiterschaft von jeher kräftig und mit jedweden Mitteln zu bekämpfen versucht hat, publizierte über das Urteil und prophezeite den freien Verbänden ein nahe Ende.

Gegen die Glaubwürdigkeit des alleinigen Belastungszeugen Münter wurden sehr bald erhebliche Zweifel laut. Das Dortmund der Landgericht bezeichnete Münter als einen Zeugen, der an einer auffälligen hochgradigen Vergeßlichkeit leide. Der Verteidigung stellten sich auch noch weitere Zeugen zur Verfügung, die die Richtigkeit der von Schröder und seinen Freunden bekundeten Aussagen zu bestätigen bereit waren. Die Verteidigung ließ denn auch kein Mittel unversucht, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen. Die Gerichte lehnten jedoch diese Anträge zu wiederholten Malen ab. Erst im März des vergangenen Jahres, nachdem die Verteidigung über den Gen darm Münter ein vernichtendes Material zumammengetragen hatte, ordnete das Oberlandesgericht in Hamm die Wiederaufnahme des Verfahrens an. Die erneute Verhandlung fand in den Tagen vom 20. Februar bis zum 3. Februar vor dem Essener Schwurgericht statt. Die Anklage erlitt einen schmachvollen Zusammenbruch. Der einstige Kronzeuge der Staatsanwaltschaft, der inzwischen allerdings verstorbene Münter, entpuppte sich als ausgeprägter Verbrecher, der von "Rechts wegen" schon vor der Verurteilung Schröders hinter Schloß und Riegel gehörte. Als Brigadeführer hat Münter Anfang der neunziger Jahre in Münster die Heiratsgelder seiner Kameraden unterschlagen. Seine Vorgesetzten mußten in der erneuten Verhandlung bekunden, daß Münter im Dienst ein aqreflöwer, zu Tüchlichkeiten neigender Mensch gewesen sei. Ein früherer Dienstkamerad erklärte, er glaube Münter nicht, auch dann nicht, wenn dieser geschworen habe. Ferner wurde festgestellt, daß Münter in den letzten Jahren in unzähligen Fällen den Versuch gemacht hat, in Berlin und Umgegend gegen schwere Geschädigungen Leute zum Meineid zu verleiten. Münter starb, als die Berliner Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage wegen Verleitung zum Meineid erhoben hatte. Das "positive Zeugnis" des einzigen Tatzeugen für die Schuld Schröders und seiner Freunde entfiel mithin für die zweite Verhandlung ohne weiteres. Aber auch jetzt vermochte die Staatsanwaltschaft nicht einen einzigen Zeugen beizubringen, der bekundet hätte, Münter habe den Schröder nicht gestochen. Dahingegen erklärten in der neuen Verhandlung wiederum etwa 12 Zeugen, daß sie sich deutlich gesehen hätten, wie Schröder von Münter gestochen worden.

Unter der Wucht der erneuten Beweisaufnahme sah sich denn auch der jetzige Vertreter der Staatsanwaltschaft gezwungen, die Anklage gegen die Angeklagten fallen zu lassen und den Freispruch zu beantragen. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen und die Angeklagten wurden freigesprochen. Damit ist allerdings ein der schlimmsten Klassenurteile juristisch beseitigt. Dieser Rehabilitierung bedurfte die Angeklagten natürlich nicht. Sie waren von der gesamten Arbeiterschaft nicht geküßelt, sondern geachtet. Schröder ist heute noch 2. Vorsitzender des alten Bergarbeiterverbandes. Das ungeheuerliche und ebenso ungerechte Urteil hat man aufgehoben, das den unschuldig Verurteilten zugesetzte Unrecht vermag keine Macht der Welt zu beseitigen. Für die unschuldigen großen Opfer, die die unschuldig zu schweren Nachhausefragen Verurteilten erlitten haben, muß sich der Dank der gesamten modernen Arbeiterschaft erheben. Diejenigen aber, die von dem Urteil eine Verneinung der modernen Arbeiterbewegung erwünschten und erhofft hatten, haben sich verallkulliert. Die freiorganisierte Arbeiterschaft ist machtvoll vorwärts geschritten. Herr Brust und die übrigen christlichen Führer, die in jene Daulauer Versammlung alle verfügbaren Polizeimannschaften zu entsenden dauen, mögen es mit ihrem Gewissen abmachen, daß sie die Verantwortung für dem schweren Schicksal der unschuldig Verurteilten gegeben haben. Diejenigen unserer kühnblütigen Gegner, die die Essener Meineid den gesamten Gewerkschaften an die Rockschöße hängen wollten, werden betribnen Bergen sehen müssen, daß nach nochmaliger gründlicher Prüfung auch ein bürgerliches Geschworenen-Gericht gezwungen war, den damals Verurteilten zu attestieren, daß sie untadelhafte Ehrenmänner seien. Das Verdammen der Gewerkschaftsbewegung werden jene Leute gewiß nicht unterlassen, aber die Gewerkschaftsbewegung wird weiter marschieren, wie sie trotz des ungerechten Essener Urteils marschierte.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in **Remel** (Holzplag); **Wißler** (Mühlenbetrieb); **Eilenburg**, **Einshorn** (Lederfabrik), **Altenburg** (Gummireifenfabrik).

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Warggrün. 600 drei Papierfabriken Blankenberg-Rosenthal traten am 3. Februar 1911 in den Streik, weil von ihnen Austritt aus der Organisation gefordert wurde. Nach dreitägigem Streik nahm die Firma ihr Verlangen zurück und stellte sämtliche Arbeiter wieder ein.

Regensburg. Der Streik in der Tomatenfabrik von Meier u. Reinhard in Deubitz ist beendet. Der Streik hatte seine Ursache in der Aufregung zweier Arbeiter. Die Arbeitsniederlegung erfolgte entgegen der dringenden Mahnung der Organisationsleitung, die auf die für einen Streik ungeeignete Jahreszeit hinwies und auch noch eine Reihe anderer Gründe anführte, die gegen eine ArbeitsEinstellung sprachen. Die Arbeiter ließen sich durch diese Mahnungen nicht abhalten. Sie traten in den Streik und kämpften ihn auch, das muß zu ihrem Lobbe gesagt werden, einmütig und unter erheblichen persönlichen Opfern - sie verzichteten für die ersten 2 Wochen freiwillig auf jede Unterstützung - durch. Leider war ihnen trotzdem kein Erfolg beschieden; der Zeitpunkt war zu ungünstig gewählt. Aber es steht zu hoffen, daß der Unternehmer seines Sieges nicht froh werden wird. Wenn die Arbeiter sich durch den Mißerfolg nicht entmutigen lassen, sondern noch immer fest zur Organisation halten, auch in Zukunft mehr auf den Rat der Organisationsleiter hören, werden sie die Scharte bald ausweihen können.

Der Reichsverband auf dem Kriegspfade gegen die freien Gewerkschaften.

Der blinde Haß des Schwarzmachertums gegen die freien Gewerkschaften treibt wunderbare Blüten. Zu dem Schrei nach Ausnahmegerichten gesellen sich Maßnahmen, die sich als Terrorismus schlimmster Art darstellen.

Zu dem Städtchen Eilenburg, das eine lebhaft gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung hat, besteht seit etwa Jahresfrist ein sogenanntes nationales Arbeitersekretariat. Dem Sekretär, der von den Unternehmern berufen ist, ist die Leitung des Arbeitsnachweises übertragen. Die Arbeitsvermittlung geschieht in der Weise, daß jeder Arbeitssuchende zuerst seinen Eintritt zum gelben Verband erklären muß, bevor ihm Arbeit nachgewiesen wird. So werden Mitglieder „gemornt“, und dann wird präherlich behauptet, der nationale Arbeiterverein habe 200 Mitglieder gewonnen, die von der Freiheit in den freien Gewerkschaften genug hätten.

Einige Betriebe, darunter die Deutsche Zellulosefabrik, schafften durch Mahngelungen von organisierten Arbeitern neue Verträge für gelbe Arbeiter. In diesen Verträgen lag Sytem; das Buerliche Wort, die Gewerkschaften müssen zertrümmert werden, sollte in die Tat umgesetzt werden.

Ende Januar d. J. ergriffen die Schwarzmacher den Zeitpunkt für gekommen, wo sie zum offenen Angriff übergehen zu können glaubten. Zunächst entließ der Zigarettenbesitzer und Stadtrat Hädrich 19 Arbeiter, nachdem sie sich geweigert hatten, „sich gelb anzufärben“ zu lassen. Die Deutsche Zellulosefabrik ließ durch Meister und sonstige Beamte jedem Arbeiter einen Fragezettel vorlegen, worauf ehrenwörtlich Auskunft über das Organisationsverhältnis gegeben werden sollte. Jedem, der sich weigerte, gelb zu werden, wurde die Entlassung angedroht. Der Hunger sollte die Arbeiter gefügig machen. Bemerkenswert ist, daß es die Meister einer anderen Fabrik abtunten, sich als gelbe Zutreiber gebrauchen zu lassen. Die Beamten der Zellulosefabrik haben ein ähnlich feines Ehrgefühl nicht beiseite, besonders war es der Portier Berger, der durch Androhung der Entlassung die gelbe Mitgliedschaft zu erpressen versuchte.

Die Herren hatten aber das Ehrgefühl der Arbeiter unterzählt. Einmütig lehnten die letzteren das schändliche Ansuchen ab. Der drohenden Auspeitzung kamen sie durch die ArbeitsEinstellung zuvor. Von diesen 300 Arbeitern und Arbeiterinnen blieben nur etwa 25 Gelbe stehen. Auch in zwei Textilverrieben und in einer Lederwarenfabrik hat sich die Arbeiterchaft entschieden geweigert, gelb zu werden und ist entschlossen, ihr Koalitionsrecht bis zum äußersten zu verteidigen. Es bleibt abzuwarten, ob die Unternehmer auf der Durchführung ihres unglückseligen Planes beharren werden.

Die Ehre der Arbeiterchaft gebietet, diesen Kampf, der dem Rückzug einiger reichsverbandlicher Schwarzmacher entzungen ist, mit allen geistlich zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen.

Auch in bürgerlichen Kreisen mehren sich die Stimmen, die angesichts der drohenden wirtschaftlichen Schädigung, die die Stadt erleidet, den gelben Terrorismus aufs schärfste verurteilen und der kämpfenden Arbeiterchaft ihre Sympathie bekunden. Unsere Verbandskollegen werden in diesem Kampfe ihren Mann stehen und ihr Koalitionsrecht mit Zähigkeit zu verteidigen müssen.

Nur der verdient die Freiheit und das Leben,
Der täglich kämpfend sie erobert muß!

Einem Bundesgenossen haben die Unternehmer und die Gelben geschrieben in dem - christlichen Gewerkschaften. Der christliche Gewerkschaftsführer Jakob Winter hat mit der Direktion der Zellulosefabrik in Verbindung, nachdem in einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften Eilenburgs eine Resolution gefaßt worden war, die folgenden charakteristischen Passus enthält:

„Die in der christlich-nationalen Gewerkschaft organisierte Arbeiterchaft Eilenburgs beantragt den Gewerkschaftsführer Winter, mit den höchsten Behörden in Verbindung zu treten zwecks Entgegennahme einer künftigen Erklärung, ob auch sie, die längst vor der Gründung des Nationalen Unterstützungsvereins im Gegensatz zur Sozialdemokratie die christlich-nationalen Grundzüge vertreten hat, in dem Nationalen Unterstützungsverein überzutreten müssen. Je nachdem der Rat ausfällt, möge sie in dem jetzigen Kampfe Stellung nehmen.“

Der Erfolg dieser christlichen Aktion war folgende schriftliche Erklärung der Direktion der Zellulosefabrik:

„Die Direktion der deutschen Zellulosefabrik erklärt dem in Sachen der angedachten Bewegung erschienenen Vertreter der christlichen Gewerkschaften Deutschlands: 1. Von dem in unserer Fabrik beschäftigten Arbeitern, die Mitglied einer christlichen Gewerkschaft sind, wird Austritt aus derselben oder Eintritt in den Nationalen Unterstützungsverein nicht verlangt. 2. Arbeiter, die sich als Mitglied einer christlichen Gewerkschaft ausweisen, brauchen bei Nachfragen nach Arbeit am Arbeitsnachweis des Nationalen Arbeiter-Unterstützungsvereins nicht in Verbindung zu treten, die Annahme erfolgt hier nur durch das Werk selbst. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die darauf beharren, die Arbeit nachzugehen, nehmen hierbei wieder auf. Eine Zurückweisung irgendwelcher Art durch die Betriebsleitung erfolgt für diese nicht.“

Wu dieser Verkündung in der Sache ging dann Winter in die Versammlung seiner Gewerkschaft und erklärte dort: „Für die christlichen Gewerkschaften ist damit jeder Grund zum Streik fort!“

Das ist alles der offen proklamierter Streikbruch, das unverblühte Hand-in-Hand-Arbeiten mit der feindlichen, schändlichen Schwarzmacherei Reichsverband und Unternehmertum gründen den Nationalen Arbeiter-Unterstützungsverein und verbinden, mit der Unterstützung die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in diesen Kampfzügen. Die Arbeiter erkennen den Kampf gegen den unerbittlichen Schwarzmacherterror auf und legen die Arbeit nieder; auch christliche Arbeiter sind darunter, denn auch von ihnen verlangt der Unternehmer den Eintritt zu dem Gelben. Die Hauptrolle aber über die Reichsverbandler und verheißt seine Scharte an das Schwarzmachertum, behauptet sie zum Veramt an ihren Klassen Genossen und organisierte sie als Vorkämpfer der Arbeiter in deren Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterchaft. Höher geht die Verkündung der Gewerkschaft noch nicht an. Christlich-nationale sind die christlichen Arbeiter einander als ihre Führer; sie sind dem Ministerium Kommando aus zum Teil gefügt. Ein anderer Teil erklärte seinen letzten Lebensakt in dem Verband der Christlichen. Das ist eine gute Antwort auf die Mahnung des Herrn Winter.

Die jüngsten Unternehmern Eilenburgs allen Angehörigen der Zellulosefabrik zu Hause. Einige von ihnen haben folgende Bekannmachung in ihrem Betriebe angeschlagen:

Um die Deutsche Zellulosefabrik im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften zu unterstützen, sind wir gezeugen, heute, am 3. zum Freitag, dem 10. Februar dieses Jahres, sämtlichen in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen zu kündigen.

Die Fabrikleitung. Dadurch werden noch ca. 600 Arbeiter in den Kampf verwickelt und das alles, weil die Herren sich in den Nationalen Arbeiter-Unterstützungsverein und den Sekretär Franke verließen. Eine teure Liebchast! Weiter stimmt es, daß eben dieser nationale Sekretär keine Mitglieder auffordert, doch ja nicht schuldlos zu werden, sondern die Unternehmer zu stützen, denn es handle sich „um Sein oder Nichtsein des Nationalen Arbeitervereins“. Dabei wird gelogen, die frei organisierten Arbeiter hätten die Entlassung der Gelben gefordert, obwohl das genaue Gegenteil richtig ist. „Über dem braven nationalen“ Sekretär hängt um seine Existenz, denn wenn er dieses Mal keine Geld- und Ausfrager, die Unternehmer, nicht heranziehen kann, bekommt er den Tritt. - Die Arbeiterchaft Eilenburgs hat den ihr aufgewungenen Kampf aufgenommen und wird ihn durchführen bis zum Siege.

Korrespondenzen.

Karlruhe. Unre Zahlstelle hatte am Schlusse des Jahres 1910 312 männliche und 5 weibliche Mitglieder; das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 40 Mitgliedern. Beklagenswert ist die große Fluktuation. 132 Aufnahmen standen 92 Austritte gegenüber. An Lohnbewegungen hatten wir 2 zu verzeichnen, und zwar bei der Firma Sinner und der Maßlaffefabrik in Rupper. Bei sonstigen Differenzen mußten wir in 14 Fällen vorstellig werden. Hausagitation wurde in 6 Fällen vorgenommen und hat sich gut bewährt. Die Einnahme betrug 5713 (im Vorjahr 5327) Mark. Davon wurden herausgab. 1637 Mark für Krankenunterstützung; für Dr. reisende 248 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 335 Mark und 141 Mark an ausgesperrte Kollegen. Der Hauptlohn betrug 2194,25 Mark zugeführt werden. Der Bestand der Kassa betrug am Schlusse des Quartals 1400 Mk. Sorgen wir nun dafür, daß wir in diesem Jahre auch die gewinnen, die der Organisation noch fremd gegenüberstehen. Keinen Tag wollen wir unnütz vorübergehen lassen, damit der Verband weiter blühe und gedeihe. Den Unternehmern zum Trug, den Arbeitern zum Schutze.

Marienberg-Jobbig. Kein Ding ist unmöglich! Dieses Sprichwort kommt so recht zur Geltung, wenn man die hiesigen Verhältnisse beurteilt. Noch vor Jahresfrist war so gut wie nichts von unserer Organisation vorhanden und heute schon können wir auch in unseren Ortsgewerkschaften ein hiesiges Gewerkschaftsorganisierte Arbeiterchaft aufstellen. Das hat der „Furchtlose“ noch nicht die Größe angenommen hat, wie es für unsere Verhältnisse gewünscht wird, das liegt eben an der Rückständigkeit unserer Betriebe. Unter 12stündiger Arbeitszeit findet man hier so gut wie gar keine Betriebe, desto mehr aber solche, wo die Arbeiter 13, sogar 16 bis 17 Stunden arbeiten müssen: speziell in den Holzschleifereien und Pappfabriken. 10 Stunden arbeitet man an Schleißer oder an sonstigen Maschinen, dann werden gewöhnlich noch mehrere Stunden Holz er geschält oder Stoff abgetragen. Freiwillig tritt natürlich der Arbeiter nicht, aber aus Sorge um seine oft zahlreiche Familie ist er gezwungen, seinen Wochenlohn auf eine halbwegs auskömmliche Höhe zu bringen. Daß man dieses den Arbeitern nicht verargen kann, lernt man erst erkennen, wenn man weiß, daß der Wochenlohn in den meisten Fällen kaum 12 Mk. beträgt. Der Durchschnitts-Stundenlohn beträgt in diesen Betrieben 20 Pf. Bepfer- und Frühlingspausen existieren fast gar nicht. Auch die Gewerbeordnung wird in vielen Fällen so gut wie gar nicht respektiert. Vorderrhand werden wir nicht mit M a m e n dienen, behalten uns das aber für einen späteren Bericht vor. - Nun zu den Marienberger Knopffabriken! Hier sind die Lohnverhältnisse etwas günstiger. Aber auch hier muß man die Arbeiter mit der Väterne suchen, welche mehr als 25 Pf. Stundenlohn beziehen. Auch scheint man von einer 12stündigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen an Vorabenden von Sonn- und Festtagen noch nichts zu wissen, obwohl die Bestimmungen bereits über ein Jahr Gesetz sind. Auch das sogenannte Angebertum steht hier sehr in Blüte. Sonnabends wird laut Fabrikordnung bis 5 Uhr gearbeitet, aber erst nach 6 Uhr kann der Arbeiter seine Stätte verlassen, weil er auf seinen Lohn warten muß. Bagt jemand, den Herrn Fabrikanten auf die Hände aufmerksam zu machen, gleich ist man im Verhaft, organisiert zu sein und dann steigt man. Auch über die Petriekrankentassen konnte man vieles sagen. Ueberstunden ohne Zusatz sind an der Tagesordnung. - Auch in der Mosalkplattenfabrik muß man traurige Löhne konstatieren. Dem Schreiber dieses wurden Lohnzettel gezeigt, wo der Arbeiter 12 Mk. und seine Frau 4 Mk. in 12 Tagen verdient hatten. Hier ist Besserung wirklich dringend nötig. Die kann aber nur der Verband bringen.

Nordh. Wer die Wahrheit sagt, fliegt raus aus dem Betriebe. Nach diesem Grundsatz handelt der Direktor der Rübenzuckerfabrik in Nordh., wenn man sich folgendes vergegenwärtigt: Die Arbeiter verlangten für sämtliche ihnen aufgetragenen Arbeiten 20 Proz. Akkord-Ausschlag, der auch schließlich zugestimmt wurde, jedoch erst am Schlusse der Kampagne ausgezahlt werden sollte. In diese Abmachung sollte auch das Futtertragen fallen. Als nun die Kampagne beendet war, bemerkten die Arbeiter zu ihrem Erstaunen, daß für Futtertragen kein Ausschlag gezahlt wurde. Sie wandten sich nun an den Direktor, der erst nicht zu sprechen war, aber schließlich dem Drängen der Leute nachgab und sich sprechen ließ. Als der hörte, was die Leute von ihm wollten, ließ er den Vorarbeiter Lobzien reinrufen, denn der sollte bekunden, daß er Futtertragen nichts abgemacht sei resp. hierfür kein Ausschlag gezahlt werden sollte. Als nun der Lobzien das Gegenteil behauptete von dem, was der Herr Direktor wünschte, wurde der Vorarbeiter sofort entlassen. Lobzien war schon 20 Jahre im Betriebe beschäftigt. Also weil der Mann die Wahrheit sagte, fiel er unarmherzig raus. Vielleicht denkt aber mal gerade Lobzien über die Handlungswiese seines ehemaligen „Brotherrn“ nach und zieht hieraus die richtige Konsequenz, nämlich die, daß er sich seiner Gewerkschaft anschließt. Die Arbeiter aber belamen, trotz der Befundung des Vorarbeiters Lobzien, ihren Akkordverdienst nicht ausgezahlt, sondern sie mußten die Direktion erst verlangen, so daß die Sache demnächst vor das Nordh. Landgericht kommt.

Widensfels i. Erzgeb. Wie langjährige fleißige Arbeit im Dienste des Kapitals gebaut wird, davon haben die Arbeiter der Papierfabrik GutsMuths in Widensfels jetzt schon zu wiederholten Malen so eine kleine Probe erhalten. Zwei Kollegen, die 13 und 14 Jahre der Firma treu geschäftet haben, wurden neulich plötzlich ohne Angabe von Gründen entlassen. Die Verbandsleitung wandte sich im Auftrage von in Vertretung der Arbeiter um Auskunft an die Firma, die abermals keine Gründe der Entlassungen anzugeben hatte oder keine angeben wollte. Wenn natürlich zwei Arbeiter, die 13 resp. 14 Jahre bei einer Firma beschäftigt gewesen sind und nie Anlaß zu Klagen gegeben haben, plötzlich ohne Angabe von Gründen auf die Straße gesetzt werden, so fragen die Arbeiter nach dem Warum. Die Arbeiter sind der Meinung, daß die Firma GutsMuths viel Grund hat, das Licht der Organisation zu löschen, da die Bezahlung von 2,40 Mk. bis 3 Mk. bei 11stündiger täglicher Arbeitszeit als absolut unzureichend bezeichnet werden muß. Außerdem erlauben wir uns einige indiscrete Fragen an die Firma GutsMuths zu stellen:

1. Warum sind Sie der Organisation der Arbeiter nicht grün, trotzdem Sie selber dem Verein deutscher Papierfabrikanten, also Ihrer Organisation, als Mitglied angehören?
 2. Halten Sie die Löhne Ihrer Arbeiter bei der 11- und 12stündigen Arbeitszeit und in Anbetracht der Intensivität mit der gearbeitet werden muß, sowie bei den gegenwärtigen hohen Rohmaterialpreisen für zum Leben ausreichend und noch dazu, wenn eine Familie zu ernähren ist?
 3. Halten Sie es für gerecht, daß Arbeiter die 13 und 14 Jahre in Ihrem Betriebe gearbeitet und zu Ihrem Reichtum beigetragen, so ohne weiteres ohne Angabe von Gründen plötzlich entlassen werden?
 4. Wird für Betrieb, wie es das Gesetz verlangt, spätestens Sonntags früh 6 Uhr abgestellt, wenn keine Erlaubnis zur Sonntagsarbeit vorliegt?
 5. Haben Sie in den letzten Monaten entgegen dem § 136 der R.G.O. jugendliche Arbeiter an Sonn- und Festtagen im Betriebe beschäftigt?
 6. Sind in Ihrem Betriebe die Bestimmungen über die Sonntagsruhe eingehalten worden?
- Wir erwarten Ihre Antwort, Herr GutsMuths. Höfentlich lassen Sie

uns nicht logen: „Keine Antwort ist auch eine Antwort.“ Eine Versammlung, die sich am 29. Januar mit den Vorstandsmitgliedern bei der Firma GutsMuths in Widensfels, hatte sich der Unverschämtheit einer sehr großen Delegation der Firma G. GutsMuths zu erfreuen. Nicht weniger als 8 Angestellte der Firma waren auf dem Plan erschienen, außerdem 2 Angehörige der Firma-Papierfabrik Nordh., und zwei waghalsig, so wird wohl behauptet, die Deutsche Fabrik auf der Höhe der Nachbargemeinde Langenbach liegt, war auch von Langenbach der Gemeindevorsteher zu einer Verammlung in Widensfels, das Stadtamt einberufen, nachdem die Firma GutsMuths es abgelehnt hatte, in dem Vertreter der Arbeiter die fragliche Angelegenheit zu regeln, sollten diese nicht einsehen, was die „hohe Delegation“ eigentlich in der Fabrikarbeiterversammlung wollte. Und deshalb mußten die Gesandten der Unternehmer, voran der Herr Gemeindevorstand, den Saal verlassen.

Nachdem so der erste Vorüber, hielt Kollege Muring ein Referat über: „Unser Kampf für auskömmliche Löhne und erträgliche Arbeitszeit, unter Berücksichtigung der vielen Sonntagsarbeiten in der Papierindustrie.“ Eine ganze Anzahl Kollegen ließ sich in den Verband aufnehmen. Hoffentlich folgen die andern Kollegen diesem Beispiel. Kollegen, laßt euch nicht einschüchtern von den Angestellten des Unternehmertums, sondern kämpft mit Energie und Ausdauer für noch mehr neue Mitglieder, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und für euer Recht und eure Freiheit. Nicht aus der Entlassung eurer beiden treuen Mitarbeiter die eine Lehre, daß das Kapital eine Rücksicht auf die Arbeiter nicht kennt. Haltet fest an eurer Organisation. Nur diese allein bietet euch Schutz in dem so schweren Kampfe ums Dasein.

Verbandsnachrichten.

Gebundene Exemplare des „Proletarier“, Jahrgang 1910, können zum Preise von 6 Mark in beschränkter Zahl an die Zahlstellen abgegeben werden.

Vom 31. Januar an gingen bei der Kassa folgende Beträge ein:

- Hartig i. S. 200,-. Mochendorf 150,61. Jälichau 30,-. Bonn 2,-. Oranienburg 1,-. Bärstadt 291,22. Straßburg i. E. 137,02. Cyhra 60,-. Greifswald 42,91. Würzen 2,50. Telle 160,46. Chemnitz 1342,17. Leipzig 800,-. Stuttgart 796,09. Siergau 300,-. Uchersleben 300,-. Wallstadt 6,60. Dresden 4,-. Bismarck 261,15. Berlin - 50. Bendorf 22,97. Egin - 50. Heubach 12,58. Dresden 2000,-. Bismarck 303,48. Waldheim 300,-. Köthen 200,-. Ulm 100,-. Weidenheim 3,90. Erfurt 3,-.

Schlus: Montag, 6. Februar, mittags 12 Uhr.

H. Brun s, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1910 haben eingekandt:

- Mochendorf, Nordh., Bärstadt, Straßburg i. E., Jälichau, Ertner, Freising, Sulgau, Wallstadt, Wirges, Muskau, Bendorf, Vorkh. i. G., Frankfurt a. M., Greifenberg i. P., Schmiedeberg i. R., Heubach, Bismarck, Bismarck.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Nordhausen. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

- Bücher:**
- Nr. 146 298 für Robert Devriel, eingetreten am 8. April 1906 in Stettin.
 - Nr. 396 001 für Johann Wähler, eingetreten am 18. Juni 1899 in Jechoe.
 - Nr. 178 604 für Hermann Rudolph, eingetreten am 26. Mai 1906 in Leipzig.
 - Nr. 358 775 für Michael Döbl, eingetreten am 21. März 1909 in Regensburg.
 - Nr. 94 491 für Fritz Giese, eingetreten am 6. September 1905 in Weihen.
 - Nr. 26 023 für Wilhelm Deicher, eingetreten am 13. Dezbr. 1902 in Konstanz.
 - Nr. 349 051 für Paul Schubert, eingetreten am 18. Januar 1909 in Reig.
 - Nr. 381 838 für Fritz Pachele, eingetreten am 3. Januar 1910 in Berlin.
 - Nr. 33 685 für Bernhard Busch, eingetreten am 17. Juli 1903 in Bremen.
 - Nr. 28 446 für Franz Page, eingetreten am 4. Mai 1902 in Rudwigschafen.
 - Nr. 325 966 für Karl Ulbrich, eingetreten am 16. Mai 1908 in Trebnitz.
 - Nr. 12 238 für Gustav Prießel, eingetreten am 7. Juli 1899 in Sonitz.
 - Nr. 291 737 für Walter Schütz, eingetreten am 8. Februar 1908 in Stadtilm.

- Karten:**
- Nr. 64 463 für Wilhelm Mape, eingetreten am 30. Januar 1910 in Heilbronn.
 - 44 545 für Robert Weidner, eingetreten am 14. Februar in Vögnburg.
 - Nr. 93 430 für Georg Rod, eingetreten am 1. Mai 1910 in Hamburg.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Blomberg (Vippe), Gau 1.** Heinrich Saak, Neustadtstraße 76.
- Breslau.** 1. Bevollmächtigter Emil Grohmann, Bureau Bättnerstraße 24, 1. Etg.
- Krefeld.** Die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt im Gewerkschaftssekretariat, Breite Straße 69.
- Demmin, Gau 6.** Albert Haase, Gartenstraße 7.
- Dittersbach.** Franz Heinze, Nr. 17.
- Eilenburg.** Rich. Eidner, Dübenerstraße 94.
- Elrich.** Fritz Kiel, Köpferstraße.
- Gelsenkirchen.** Fritz Friede in Herne 5. G., Winkelstraße 22.
- Grimma.** Richard Luberer, Mühlstraße 12.
- Weihen.** 1. Bevollmächtigter August Blank, Bureau: Poststraße 13, 1. Etg.
- Moschendorf.** Joh. Fleiss, Oberlochner Straße 20. Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung Sonntags von 12-2 Uhr bei Martin Brendel, Krötenbrüderstr. 20.
- Neustadt a. Rhod.** Joh. Loschitz, Birkenfeld b. Neustadt a. Rhod.
- Müchritz.** Gustav Rodich, Nr. 62.
- Schorndorf.** Friedr. Steeger, Karlsplatz 6, 3. Etg. Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung Sonnabends 6-8 Uhr bei Karl Siegel, Urbanstraße 3.
- Waltershausen.** Karl Luther, Bahnhofsstraße 15, pt.
- Neubredum.** Fritz Gust, Ennigerloh, Eisa-Kolonie 279.

Zahlstelle Stettin.

Die Zahlstelle Stettin sucht am 1. April 1911 einen **3. Beamten.** Seltiger muß Kenntnis auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung wie in statistischen Arbeiten besitzen und über rednerische Begabung verfügen. Die Bewerber haben eine selbstgeschriebene Probe einzureichen, worin sie ihren bisherigen Lebenslauf und ihre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zu schildern haben; ferner sind in der Bewerbung folgende zwei Fragen zu beantworten:

1. Welchen Wert hat die Statistik in der Gewerkschaftsbewegung?
2. Die Statistik wird die neu gewonnenen Mitglieder an die Organisation? Die Beantwortung erfolgt nach vierteljährlicher Probezeit. Die Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ auf dem Briefe bis zum 30. Februar an den Unterzeichneten einzureichen. H. Wisonkötter, Lange Str. 6, St.

Zahlstelle Weihen.

Die ausgeschriebene Stelle ist besetzt. Allen Bewerberinnen bitten Dank

Chemische Industrie

Nochmals die Verkürzung der Arbeitszeit in der B. A. S. F.

Am 17. Januar fand eine überfüllte Versammlung der Anilinarbeiter statt, welche sich mit der Neuregelung der Arbeitszeit beschäftigte. Kollege Haupt führte aus, daß es Tatsache sei, daß die Arbeitszeit in der Anilin, dem größten chemischen Betriebe Deutschlands, gemessen an der der anderen Betriebe der gleichen Branche, am längsten war. Der Direktion kann nicht unbekannt geblieben sein, daß seit einigen Monaten eine Bewegung im Gange war, spätestens im Frühjahr 1911 an die Direktion mit bestimmten Forderungen heranzutreten. Ebenfalls ist der Anilin unbekannt geblieben, daß die Arbeiter in anderen Betrieben Erfolge erzielt und teilweise ihre Lage verbesserte. Da wollte dann die Fabrikleitung der Arbeiterzeit vorzuziehen. Sie wollte das freiwillig geben, was sie auf eine stützende Forderung nicht gut hätte abschlagen können. Daher die freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Die Regelung ist jedoch nicht in dem Sinne erfolgt, wie die Arbeiter es erwartet haben. Im Gegenteil, die Unzufriedenheit ist allgemein. Von den Mitgliedern der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen sei in Arbeiterversammlungen verlangt worden, zu der „Großtat“ der Fabrikleitung Stellung zu nehmen, da diese für viele Arbeiter nicht nur keine Verbesserung, sondern auch Verschlechterung mit sich brachte. Durch Umfragen in den einzelnen Betrieben der Anilin ist festgestellt worden, daß nur in ganz wenigen Abteilungen die 9stündige Arbeitszeit tatsächlich zur Einführung gelangt ist. In vielen Fällen beträgt sie aber über 10 Stunden. Gatten die Arbeiter früher die Vergünstigung, den Weg vom Fabrikort bis zur Arbeitsstelle als Arbeitszeit angerechnet zu bekommen, ebenso auch beim Verlassen der Arbeit, so ist dies durch die Neuregelung in Wegfall gekommen. Außerdem ist den Arbeitern die halbstündige Frühstückspause genommen worden. Die Arbeiter betrachten es nicht als fair, wenn die Fabrikleitung in die Welt posaunen läßt: Wir haben den Arbeitern eine Stunde Arbeitszeit geschenkt! wenn etwas derartiges nicht zutrifft. Auch die Zulagen an die Tagelöhnerarbeiter betrachtet Medner nicht als Ausgleich einer Ungerechtigkeit. Wollte die Direktion einen wirklichen Ausgleich, müßten auch alle Nachschichtarbeiter, die unter bedeutend ungünstigeren Bedingungen zu arbeiten hätten, eine Lohnzulage erhalten.

Im einzelnen führt Medner folgende Feststellungen an: Bei den Kohlenarbeitern (zirka 200 Mann) beträgt die Verkürzung der Arbeitszeit nur 15 Minuten. Das übrige geht auf dem Weg verloren! Den Fabrikarbeitern, die 20 Pf. Zulage erhielten, wurde die Wadepause um 20 Minuten verkürzt. In den meisten Betrieben ist es Vorschrift, daß die Arbeiter von 3-5 Minuten vor Beginn der Arbeitszeit arbeitsbereit im Bau sein müssen. Die verschiedene Handhabung des Arbeitsbeginns legt den Gedanken nahe, daß die einzelnen Betriebsleiter für sich wußten und sich um die Anordnung der Direktion wenig kümmern. Die Kohlearbeiter erhielten eine 5prozentige Erhöhung ihrer Allokation. Für die Handwerker ist die geschaffene Situation noch unangenehm; von ihnen wird verlangt, daß sie zuerst die Kontrollmarke in der Werkstätte abhängen und von da aus noch rechtzeitig an der oft weit entfernten eigentlichen Arbeitsstätte sein müssen. Am 18. Januar erschien ein Anschlag, der für innere Werkstätten 5 Minuten, für äußere Werkstätten 10 Minuten früheren Arbeitsbeginn mittags und abends vorsieht. Das Signal zum Waschen und Umkleiden wird für Arbeiter bei schmieriger Arbeit 10-15 Minuten früher gegeben, als die Mittagspause resp. der Feierabendtritt. Für Außenstehende klingt das gar nicht so übel, bedeutet aber für die Arbeiter, die eine sehr schmutzige Beschäftigung haben, eine Beschränkung der Wadepause. Die Wadepauseverkürzung ist schon aus hygienischen Gründen hervorzuheben. Viele Arbeiter können, ohne ein Bad genommen und sich gründlich gesäubert zu haben, was nicht selten eine halbe Stunde in Anspruch nimmt, nicht zu ihren Familien heimkehren, ohne diese gesundheitlich zu schädigen. Die Anilin wird sich jedenfalls nicht den Vorwurf machen lassen wollen, weite Volkstreffen zu verschieben. Auch die Mittagspause muß wieder verlängert werden, wenn die Arbeiter nicht körperlich herunterkommen sollen. Bei der jetzigen Einrichtung reicht die Zeit sehr vielen kaum, ihr Mittagssmahl einzunehmen. Medner sprach dann von Gerüchten, daß die Anilin beabsichtige, die Arbeiter am 1. Mai (ausgerechnet) mit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit zu überraschen. Es heißt, die Zeit von halb 8 bis 8 Uhr soll als Spänpause gelten. So unwahrscheinlich diese Länge, möglich sei es immerhin. Die Fabrikleitung nimmt offenbar an, daß die Arbeiter mit Recht unzufrieden sind. Wenn jetzt beispielsweise die Kohlenförderer statt 9 Stunden 10 Stunden 10 Minuten im Betriebe sein müssen, so kann nicht angenommen werden, daß die Anilin dies mit der Arbeitszeitverkürzung beabsichtigt habe. Deshalb müsse der Direktion von solchen Mißständen Mitteilung gemacht werden. Da ein Arbeiterauschuss leider nicht vorhanden sei, schlage er vor, den Ausschuss der Fabrikantenliste, der ja auch als Arbeiterauschuss gelten kann, zur Vertretung der Arbeiterwünsche zu wählen. Diesen Ausschuss als legitimen Vertreter nicht anzuerkennen, liegt für die Direktion kein Grund vor. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute, am 17. Januar 1911, im Saalbau Holl tagende Versammlung der Anilinarbeiter nahm Stellung zu der veränderten Arbeitszeit in der Anilin. Sie erkennt das Bestreben der Anilin, den Arbeitern täglich eine längere Ruhezeit zu geben, dankend an. Bei der Durchführung der neuen Bestimmungen haben sich aber Differenzen ergeben, die wohl nicht in der Absicht der Direktion lagen. Ist doch nach einwandfreier Aussprache der Arbeiter festgelegt, daß durch früheres Anlangen als in der Arbeitsordnung vorgesehen, Verkürzung der Wadepause und verschiedener anderer Vorkommnisse, die wirkliche Arbeitszeit für eine sehr große Anzahl Arbeiter keine Verkürzung erfahren hat. Durch die verschiedene Anwendung der Arbeitsordnung in den einzelnen Betrieben ist die Annahme der Arbeiter gerechtfertigt, daß die Ungleichheiten durch Betriebsführer und Aufseher hervorgerufen werden.“

Um diese Mißstände zu beseitigen, beauftragt die Versammlung in Ermangelung eines regulären Arbeiterauschusses den Krankentafelenausschuss, die Wünsche der Arbeiterzeit der Direktion vorzutragen. Diese Versammlung brachte den Redakteur der „Hannoverschen Rundschau“, einer nationalliberalen Kuchent, aus dem Häuschen. Sie stellte das Bestreben der Arbeiter, ihre Rechte im Arbeitsvertrag zu wahren und deshalb die neuen Maßnahmen einer gründlichen Aussprache zu unterziehen, als Heberei der sozialdemokratischen Führer hin und spricht von 500 Verammelten, obgleich die doppelte Anzahl anwesend war. Die „Rundschau“ hat nun bei der Direktion selbst Erklärungen eingezogen. Das Resultat, welches sie erzielt, gibt unsrer Behauptung recht. Sie schreibt: „Nach diesen Mitteilungen sieht es fast, daß die durch die alte Arbeitsordnung vorgesehene Aufenthaltzeit innerhalb der Fabrikeinrichtung 10 Stunden 20 Minuten betrug, wogegen 10 Arbeitsstunden vergütet wurden, während heute bei Vergütung derselben Stundenzahl die vorgeschriebene Aufenthaltzeit innerhalb der Fabrikeinrichtung nur 9 Stunden 10 Minuten bis 9 Stunden 30 Minuten beträgt.“ Demnach hat also die B. A. S. F. während den Arbeitern tagtäglich für 20 Minuten Bezüge in der Fabrik keinen Lohn gezahlt. Das nationalliberale Blatt stellt die Verkürzung der Arbeitszeit nicht als eine moralische Pflicht, sondern als Wohlthat dar und glaubt, den warnenden Finger heben zu müssen, um die Arbeiter von weiteren Forderungen abzuhalten. Derartige Warnungen sind nur vom nackten Profitinteresse des Kapitalismus diktiert, denn ihre Neuerung, die Neuregelung der Arbeitszeit koste die Fabrik jährlich 1500000 M. mehr, beweist nur, daß der Profit der Aktionäre nicht leiden soll. Wenn aber am Jahresabschluss die fetten Gewinne des Werkes bekannt werden, wenn den 11/2 Millionen Mark Arbeitslöhnen 16 1/2 Millionen Mark Reingewinn gegenübersteht, dann fällt dem „Rundschau“-Redakteur kein Wort der Kritik ein über die Herkunft und Verwendung des Gewinnes.

Wir empfehlen der Redaktion des nationalliberalen Blattes nach ein gründliches Studium über die Vergiftungsgefahren in der chemischen Industrie, sie wird dann, falls noch ein Funke Ehrgefühl und Objektivität bei ihr vorhanden ist, in Zukunft anders urteilen, wenn es sich darum handelt, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit in der chemischen Industrie herbeizuführen.

Inzwischen ist der Krankentafelenausschuss vorstellig gewesen und erstattete in der von 120 Vertrauensleuten besuchten Versammlung Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion. Nach dem Bericht hat die Direktion angeordnet, daß die Arbeit um 1/8 resp. um 1/2 Uhr beginnt. Das frühere Abhängen der Kontrollmarke kann demnach nur von den Betriebsführern angeordnet sein. Die angeordnete Wadepause soll für gründliche Reinigung genügen. Es soll jedoch eine eingehende Prüfung der Verhältnisse vorgenommen und eventl. Abhilfe geschaffen werden. Sind Mißstände betreffs der Wadepause vorhanden, so sollen die Arbeiter dies den betreffenden Betriebsführern oder der Direktion melden. Nachteile sollen den Arbeitern aus eventl. Beschwerden nicht erwachsen. Die der Direktion bekannten Mängel verschiedener Bäder sollen beseitigt werden; es müsse der Direktion aber Zeit dazu gelassen werden. Von einer 9stündigen Arbeitszeit will die Direktion jedoch nichts wissen. Es werden 10 Stunden bezahlt, daher müssen die Arbeiter den Vorschriften Folge leisten. Die Vertrauensleute waren durch diese Antwort nicht befriedigt. Sie erkennen aber an, daß die Firma beabsichtigt ist, die strittigen Punkte durch Prüfung feststellen zu wollen und für Abhilfe besorgt zu sein. Daß jedoch die persönliche Beschwerde der einzelnen Arbeiter Erfolg verspricht, wurde allgemein bezweifelt. Nach den bisher gemachten Erfahrungen dürften nur wenige Arbeiter den Mut zur Beschwerde finden. Es ist eben in solch eigenartig organisierten Betrieben, wo die Stufenleiter vom Vorarbeiter über Aufseher, Betriebsführer usw. zur Direktion führt, eine Beschwerde eine eigene Sache, die häufig zur Verlosung des Arbeiters führt, wenn auch gegen den ausgesprochenen Willen der Direktion. Auf Beschluß der Vertrauensleute findet in nächster Zeit eine Versammlung der Anilinarbeiter statt, in welcher der Krankentafelenausschuss über die Verhandlung Bericht erstatten soll.

Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Uerdingen. Die chemischen Fabriken vormals Weiler ter Meer verlegen einen großen Teil der Kölner Betriebe nach Uerdingen. Mit Rücksicht auf die großen Unkosten sollen nur 12 Proz. Dividende zur Verteilung vorge schlagen werden. — Berlin. Der Aufsichtsrat der Chem. Fabrik auf Aktien, vorm. E. Schering, beschloß, 1 Million Mark neue Stammaktien auszugeben. Die Besitzer alter Stammaktien können auf 5 alte eine neue Stammaktie erwerben. — Hamburg. Die Sprengstoff-A.-G. Karbonit hat mit dem Nobel-Dynamit-Konzern vereinbart, daß sie auf das Austrittsrecht aus dem Nobelkonzern verzichtet. Durch dieses Verzicht wird der Gewinnanteil der Karbonitgesellschaft aus dem Geschäftsergebnis des Konzerns herabgesetzt, daß sie statt 75 Proz. jetzt 85 Proz. des Dividendenanteils der Dynamit-Trustgesellschaft als eigenen Dividendenanteil verteilen kann. — Unter dem Namen Gummiindustrie G. m. b. H. ist in Hamburg eine Gesellschaft mit 800 000 M. Kapital gegründet worden, die sich vor allem der Wiederverwertung von gebrauchtem Gummi widmen will. — Stuttgart. Der Geschäftsbericht der chemischen Fabrik „Kontordia“ in Leopoldsdorf erwähnt, daß durch das neue Kalkgesetz der Bezug von Kalksalz auf 15 Jahre garantiert werde. Als Folge des Gesetzes ist eine stetige und ruhige Entwicklung der Kalkindustrie zu erhoffen. Mit Ausnahme der Kalidüngesalze, die infolge des sehr leichten Frühjahrsgeschäftes in den Abteilungen eine Zunahme um 4260 Doppelzentner auf 63 691 Doppelzentner zeigen, sind die Abteilungen in Chloralium und Schwefelsäuren Kalksalzen infolge des Zutritts einer größeren Anzahl von neuen Werken zum Kalksalzmarkt zurückgegangen. Es ergibt sich ein Reingewinn von 307 408 M. (315 069 M.), wovon wieder 13 Proz. Dividende verteilt werden. — Essen. Der Handelskammerbericht schreibt, daß der Absatz von Koks- und Nebenprodukten, wie Teer, Schwefelsäure Ammoniak, Benzol und dessen Abkömmlinge im Jahre 1910 gute Fortschritte gemacht habe. Besonders für Schwefelsäure Ammoniak, welches sich als Düngemittel immer mehr Eingang verschafft, sind die Absatzverhältnisse sehr günstig. Die Verwendung von Benzol für Explosionsmotoren nimmt ständig zu, so daß auf diesem Gebiete ebenfalls günstige Absatzverhältnisse geschaffen sind. Der in den Koksereibetrieben erzeugte Teer konnte glatt abgesetzt werden.

Essen'sches Gichtelienelnd.

Nun haben sich auch mal die Arbeiter der chemischen Fabrik in Mülhausen ihrer traurigen Lage erinnert und sich zunächst zu einem Teile dem Verbande angeschlossen. Daß die dort beschäftigten Arbeiter sich nicht schon früher mit dem Gedanken an die Organisation befaßt haben, daran sind die geradezu miserablen Verhältnisse schuld. Auch hier zeigte es sich wieder: Je schlechter der Arbeiter gestellt, desto weniger denkt er daran, sich nur durch einen Zusammenschluß der Klassenangehörigen Besserung geschaffen werden kann. Wie notwendig wäre diese aber schon längst gewesen! Werden doch Löhne bezahlt, die vielleicht nur noch in ostpreussischen oder schlesischen chemischen Fabriken anzutreffen sind. Der Anfangslohn für erwachsene Arbeiter beträgt 2,88 M., steigt nach 15 Tagen auf 3,04 M., nach einem halben Jahre auf 3,20 M., und der Höchstlohn, welcher bezahlt wird, beträgt 3,56 M. Unfallrente wird vom Lohne in Abzug gebracht. Solche Löhne reichen nicht im entferntesten aus, in dem teuren Mülhausen den notwendigen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Der Unternehmer bezeichnet immer noch die Lohnhöhe nach französischer Währung, vielleicht in der Annahme, daß die Arbeiter es weniger beachten, wie überaus niedrig dieselbe ist, denn 3,60 Fr. klingt doch etwas besser, als 2,88 M. In der Arbeitsordnung steht aber, daß der Lohn in Reichsmark ausgerechnet wird. Die Arbeitszeit ist in diesem gütigen Betriebe noch eine 10stündige. Die Arbeitsordnung enthält sogar die Bestimmung, daß Arbeiter, die ihre Posten fortwährend zu überwachen haben, ihre Werkstätte während der Pausen nicht verlassen dürfen. Diese müssen ihr lauges Wahl bei der Arbeit einnehmen. Niemand kümmert sich darum, daß durch Unterlassung der Reinigung der Hände usw. sich der Arbeiter durch die anhaftenden Gifte schweren Schaden zuziehen kann. Für diese Überwachungszeit wird keine Vergütung gewährt. Die Arbeitsordnung besagt hierüber: „Es wird keine besondere Vergütung hierfür gewährt, da dieselbe bereits im Lohne mit einbegriffen.“ (!!)

Bei solch miserablen Bezahlung ist nur zweimal monatlich Lohnzahlung. Was das für die betreffenden Arbeiterfamilien zur Folge hat, kann sich jeder denken. Die hygienischen Einrichtungen würden sich zur Aufstellung in Dresden kaum eignen. Waschgeschloß und Waschräume fehlen. Für zirka 60 Mann, die im Betriebe arbeiten, ist nur eine Wadepause und eine Duschgelegenheit vorhanden. Argenteine Belehrung über die Gefährlichkeit der Stoffe, mit denen die Arbeiter hantieren müssen, darf denselben nicht zuteil werden. Als in einem Falle bei der Firma Köster durch einen Meister Belehrung erteilt wurde, unterlagte ihm dieses der Direktor. Dieser Herr war früher Direktor in einer Zuderfabrik und scheint wenig Kenntnis auf gewerkehgienischem Gebiete zu besitzen. — Mit allen Mitteln bemühte man seitens der Fabrikleitung die Verarmung zu hinterziehen bzw. illusorisch zu machen. Als das Ansehensverlassen nichts mehr nützte, wollte man die Arbeiter dadurch abhalten, daß ihnen vorgebetet wurde, sie sollten doch ihr Geld nicht dem „Spinnweb“ geben. Die Herren spekulieren auf die Dummheit der Arbeiter und wollen durch Heranziehen des Nationalhaushalts die Vereinigung der Arbeiterzeit verhindern. Es wird vergebliche Mühe sein. In steigendem Maße werden auch die Fabrikarbeiter vom Oberlohn zur Kenntnis kommen, daß sie sich mit ihren Arbeitsbrüder verbinden müssen, wenn sie sich bessere Zustände schaffen wollen.

Das „dankbare“ Kapital.

Bekanntlich nahm nach der Gründung des Deutschen Reiches die Industrie einen mächtigen Aufschwung. Die Veteranen, welche mit Gut und Mut 1870 den Grundstein dazu legten, haben heute noch nichts erhalten und sind gezwungen, mit der Drehschraube an den Wohlstandstafeln der Bevölkerung zu appellieren. Von privater Seite aus haben nun einige Kapitalisten beschlossen, etwas zur Milderung für diejenigen zu tun, denen sie ihren Reichtum verdanken. Auch der Aufsichtsrat der Werte Griesheim-„Elektron“ beschloß, an die in ihren Betrieben beschäftigten Veteranen zu Weihnachten je 100 M. auszugeben. In einem längeren Schreiben besuchte der „Hannoverscher Anzeiger“ die Bagatelle. Im ganzen wurden im Rheinfelder Werk 4 Veteranen von der Ehre betroffen. Die Ehre der vier Veteranen in allen Ehren. Die betreffenden Arbeiter, welche schon so lange im Rheinfelder Betriebe beschäftigt sind, haben diese 100 Mark wohl verdient. Nur ist es schade, daß sie dieselben nicht als „Rezervefonds“ werden anlegen können, denn bei den teuren Lebensverhältnissen und niedrigen Löhnen wird diese „Spende“ von den Leuten zum Lebens-

unterhalt verwendet werden müssen. Warum wir diese „Spende“ — die als so große Wohlthat gepriesen wird — erwöhnen? Nun, deshalb, weil eine Firma, wie die „Griesheimer“ nicht so viel Aufhebens von diesen lumpigen 400 M. machen sollte, schon deshalb nicht, weil alljährlich die Herren vom Aufsichtsrat, Direktoren und Beamte neben ihren hohen Gehältern mehr als 400 000 M. als Kantien und Gratifikationen einnehmen. Den „Herren“ nicht man hier mit Schüsseln, den Arbeitern mit Töpfen — und noch dazu mit sehr kleinen. Wenn Arbeiter, die Jahre hindurch ihre Knochen in der Gichtstätte laput geschuftet haben, mal einen blauen Lappen als „Geschenk“ erhalten, wird sofort durch einlangierte Zeitungartikel die Wohlthat der Fabrik in den höchsten Tönen gepriesen, wenn aber die Herren Aktionäre ihre Gewinne unter sich teilen, da herrscht „das Schweigen im Walde“. Niemand weiß darauf hin, daß die 3 623 028 M. Reingewinn vom Jahre 1909 zum größten Teil die Arbeiter verdient haben. Können sich denn in der heutigen Zeit die Arbeiter auch einen Rezervefonds, einen Gewinnrezervefonds anlegen? Anstatt mit den 400 Tmunden zu prunken, würde die Rheinfelder Fabrikleitung besser tun, zunächst mal dafür zu sorgen, daß der Zustand der Fabrikwohnungen besser gestaltet wird. Nicht genug, daß in der Fabrik die Arbeiter im Gestank und den giftigen Dämpfen siedeln, auch in ihren Wohnungen, soweit sie solche inne haben, sind sie nicht davon befreit. Vielleicht ist die Leitung der Meinung, daß sich die Arbeiter besser gewöhnen, wenn sie immer vom Chlorgestank umgeben sind; befinden sich doch die Wohnungen nur 70 bis 120 Meter von der Fabrik entfernt, welche zudem noch tiefer liegt. — Als im vorigen Jahre die Arbeiter der Hauptfabrik in Griesheim eine Lohnerbhöhung erhielten — allerdings erst dann, als sie sich zusammengeschlossen hatten, wozu sich die Arbeiter des Betriebs in Rheinfeldern noch nicht entschließen konnten — versippte man in Rheinfeldern nichts davon. Leichter ist es allerdings, mit einigen 100 M. Wohlthaten zu prunken, als der gesamten Arbeiterzeit die Löhne entsprechend der gegenwärtigen Teuerung aufzubessern.

Wenn aber an Stelle der „Wohlthaten“ Rechte treten sollen, dann müssen die Arbeiter mehr als seither daran denken, ihre Interessen zu wahren durch Anschluß an die Organisation. L. W.

Ein Direktor mit russischen Akziden.

Die chemische Industrie, A.-G. (früher Gust. Schulz), in Hoffede ist unter ihrer alten Leitung mehrfach durch die Auslegung der Gewerbeordnung gegenüber „ihren“ Arbeitern bekannt geworden. Allerdings nur in den Fällen, wo der betreffende Arbeiter sein Recht vor dem Gewerbeamt geltend gemacht hat. Aus diesen Verhandlungen heraus haben wir den Eindruck gewonnen, daß die Arbeitsverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig ließen. In dieser Beziehung soll es auch unter der neuen Leitung nicht viel besser sein. Was Wunder, wenn versucht wird, auch unter diesen Arbeitern den Organisationsgedanken zu wecken. Zu diesem Zwecke war unlängst ein Flugblatt an die Arbeiter verteilt worden. Darauf wurde folgender großväterlicher Ullas angeschlossen:

„In letzter Zeit wurden vor unserm Fabrikort Flugblätter verteilt, welche geeignet sind, unsere Arbeiterschaft aufzuwecken. Wir bitten in Zuvorrichtung unsere Arbeiterschaft, von solchen Flugblättern sich nicht beeinflussen zu lassen. Unsere Interessen sind vollständig gleich, das Wohlergehen des Werkes ist auch das Wohlergehen der Arbeiterschaft. Gerade in den letzten zwei Jahren hat das Bestreben unseres Werkes allen Angehörigen den Beweis geliefert, daß wir es gut und treu mit ihnen meinen und Bestrebens für ihre wirtschaftlichen Bestrebungen haben, daß auch wir dieselben fördern werden, soweit es die Verhältnisse zulassen.“

Über wie wir emerjets immer für unsere Arbeiterschaft eintreten werden, so werden wir auch mit allem Nachdruck Störungen der guten Verhältnisse durch Agitation von auswärts energisch zu verhindern suchen.“

Ob der Satz „das Wohlergehen des Werkes ist auch das Wohlergehen der Arbeiterschaft“ richtig ist, wagen wir zu bezweifeln: bis jetzt war es immer so, daß das Wohlergehen der Arbeiterschaft hinter dem der Aktionäre zurückstehen mußte. Allerdings hat die neugegründete Aktiengesellschaft noch nicht den Erfolg gezeitigt, den mancher der Aktionäre im stillen gehofft hatte. Weil die Uebersehne sich nicht einstellten, wurde versucht, am Arbeitslohn zu knausern. Die Firma, welche 1908 pro Schicht noch 5,03 M. bezahlte, kürzte den Lohn 1909 auf 4,20 M. und erhöhte ihn 1910 wieder auf 4,37 M., so daß gegen 1908 immer noch eine Lohnminderung von 66 Pf. pro Schicht vorhanden ist. Einbehalten in diese Schichtlöhne ist die Sonntags- und Ueberstundenarbeit, so daß der Lohn bei normaler 60stündiger wöchentlich Arbeitszeit um ein erhebliches niedriger ist. An der Presse für Anfragen erhielten zwei Mann für 100 Silogramme zu pressen 1 M.; ab 1. November nur noch 70 Pf., obgleich die Arbeiter nicht in der Lage sind mehr als bisher zu leisten. Der Verstoß an Arbeitsleistung ist groß. Auch hier zeigt sich die Firma keineswegs nobel. Früher lieferte sie keine Arbeiter für die in der Gurenbereitung beschäftigten Arbeiter, bezahlte dafür aber jeden Monat eine Prämie von 5 M. Jetzt müssen sich die Arbeiter die Auszüge von der Firma für 3 M. kaufen. Ein Direktor der Fabrik hat erklärt, es wäre in Ausland doch viel schöner als in Deutschland, denn dort gibt es noch keine Gewerbeämter. Auch über die Verhältnisse in der Betriebskrankenkasse sind die Arbeiter nicht unterrichtet.

Wir können die Erklärung dieses Direktors wohl verstehen. Wenn er aber der Meinung ist, daß seine Gichtstätte nur unter russischen Arbeitsverhältnissen in Deutschland florieren kann, dann ist es für ihn besser, seine Kenntnisse auch in Ausland an den Mann zu bringen.

Die Schattenseite Cassella'scher Wohlthat.

Wir berichteten kürzlich, daß die Firma Cassella ihren Arbeitern einen erheblichen Krankenzuschuß leistet. Seit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen werden von der Leitung der Betriebskrankenkasse Maßnahmen im Interesse des Kapitals getroffen, die den Wert der Wohlthaten erheblich wieder illusorisch machen für die betreffenden Arbeiter. Unwesentlich läßt die Krankentafelenausschuss einen Teil der auswärts wohnenden Kranken Mitglieder nach dem Betrieb kommen, wo sie von dem Vertrauensarzt der Firma untersucht werden. Dieser hat nun bisher stets einen erheblichen Teil der betreffenden Kranken für gesund bzw. arbeitsfähig erklärt, und ist diesen dann ausgesprochen worden, die Arbeit wieder aufzunehmen oder ihre Entlassung entgegen zu nehmen. Heute wird ein Fall bekannt, wo der Vertrauensarzt einen Krankenfall erlebte. Ein von ihm arbeitsfähig erklärter Kranker hatte heute die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch ereilte ihn nach nicht langer Zeit ein Schlaganfall, der seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte. Wie mancher der übrigen Arbeiter, die in Frage kommen, wird sich dem Zwang gefügt haben und unter wenig günstiger Erwerbsfähigkeit seine Arbeit aufgenommen haben? Das ist die Rehrseite der Medaille und zeigt uns die wenig humane Seite kapitalistischer „Wohlthaten“.

Gegen diesen Mißbrauch protestierten die Cassella'schen Arbeiter in einer gut besuchten Betriebsversammlung. Der Referent Gust. Frankfort hob besonders die Demoralisierung der Arbeiter hervor, die eine Folgeerscheinung aller Wohlthatenmaßnahmen sei. Das gegenseitige Vertrauen unter den Arbeitern, das Demunziantentum würden durch die angebotenen Wohlthatenmaßnahmen gefördert und die besseren menschlichen Tugenden, die Manneswürde und ein aufrechter Charakter vernichtet. Nicht Wohlthaten solle der Arbeiter beanspruchen, sondern gerechten und ausreichenden Lohn zu einer menschenwürdigen Lebenshaltung. Besonders schärf zu verurteilen seien die Bedingungen, unter denen die Firma den Krankenzuschuß gewähren wolle. Die Absicht sei nur zu durchsichtig, es solle die Vernichtung der Organisation bezweckt werden. Die Arbeiterschaft habe aber ein großes Interesse an Fortbestehen derselben, weil nur durch die Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser gestaltet werden können. Leider seien in jedem Heime die nötigen Verbindungen nicht vorhanden, sonst würde sich die Betriebsleitung den Wünschen der Arbeiter gegenüber nicht so ablehnend verhalten, die ihr im vergangenen Jahre als Ergebnis dreier Betriebsversammlungen übermittelte wurden. Keine der erhobenen Forderungen habe bis heute Berücksichtigung gefunden; nicht das geringste Entgegenkommen habe die Betriebsleitung gezeigt. Im Bewußtsein ihrer kapitalistischen Macht und unerschrocken vor der ungenügenden Organisation der Arbeiter, ignorierten die Fabrikherren jedes Verlangen der Arbeiter, sich wirtschaftliche Vorteile zu erringen. Dieser Zustand werde aufhören, sobald die Arbeiter in einem genügenden Prozentsatz den Weg zur Organisation gefunden und in derselben das wirksamste Mittel zur Verwirklichung ihrer Wünsche erkannt hätten.

Vergiftung durch nitrose Gase. Wo liegt der Schuldige?

Am 4. Februar 1910 bemerkten einige Arbeiter der chemischen Fabrik... Giftdämpfe... Nitrosäure... Vergiftung...

Das Maß von Verantwortung einem chemischen Arbeiter... Verursacher... Verantwortliche...

Aus einer kleinen Schmelzwerk-Fabrik

Die Gutsbesitzerin Fr. Müller, Fabrikation, war kürzlich eine... Schmelzwerk... Arbeiter...

Denjenigen Arbeiterinnen, welche Betriebsunfälle in meiner... Arbeiterinnen... Unfälle...

Und dann ist, daß dieser ironisch gemeinte Anschlag besser... Anschlag... Arbeiter...

Und schließlich man die Höhe der Strafen, sowie, daß eine Anzahl... Strafen... Arbeiter...

Wollen wir die Arbeiter und Arbeiterinnen haben, daß ihre... Arbeiter... Arbeiterinnen...

Wollen wir die Arbeiter und Arbeiterinnen haben, daß ihre... Arbeiter... Arbeiterinnen...

Wollen wir die Arbeiter und Arbeiterinnen haben, daß ihre... Arbeiter... Arbeiterinnen...

Wollen wir die Arbeiter und Arbeiterinnen haben, daß ihre... Arbeiter... Arbeiterinnen...

Wollen wir die Arbeiter und Arbeiterinnen haben, daß ihre... Arbeiter... Arbeiterinnen...

während sich ein anderer noch rechtzeitig retten konnte, doch... Arbeiter... Unfälle...

Zement- und Ziegel-Industrie

Die Zement- und Ziegel-Industrie... Arbeiter... Unfälle...

werbeinspektion. Antwort erhielten wir nur einmal, wegen der... Arbeiter... Unfälle...

— Aus den Organisationen der Zementgewaltigen... Arbeiter... Unfälle...

Unter den deutschen Zementfabriken ist nach den heftig geführten... Arbeiter... Unfälle...

Was würde das? Unternehmertum wohl gegen Arbeiterorganisationen... Arbeiter... Unfälle...

— Die Ziegelarbeiter fallen die Verbandsfrage der Bauunternehmer... Arbeiter... Unfälle...

So oft wir eine Unternehmerrichtung zur Hand nehmen, begegnen wir... Arbeiter... Unfälle...

Am 1. Januar 1911 ab werden für jedes Tausend... Arbeiter... Unfälle...

Die Zahlung hat seitens der liefernden Firma... Arbeiter... Unfälle...

Es ist nicht anzunehmen, daß sich auch nur ein Ziegelarbeiter... Arbeiter... Unfälle...

Ein Opfer des Alkoholgenusses ist der vor kurzem auf den Helm... Arbeiter... Unfälle...

— Rundschau... Arbeiter... Unfälle...

— Vom Abstufungswahnsinn... Arbeiter... Unfälle...

Table with 3 columns: Country, 1883, 1908. Rows: Deutschland, England, Österreich, Frankreich, Italien, Rußland, Verschiedene andre Länder.

Das ist in 25 Jahren eine Steigerung der Abstufungsausgaben... Arbeiter... Unfälle...

— Zentrum und Betriebsklassen... Arbeiter... Unfälle...

Die christlichen Gewerkschaften wollen angeblich die Selbstverwaltung... Arbeiter... Unfälle...